



GEMEINDE BINNINGEN

Einwohnerrat

Protokoll des Einwohnerrats

XI. Legislaturperiode 2012–2016

26. Sitzung vom 26. Oktober 2015

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30 – 22.00 Uhr

Leitung: Christoph Anliker

Anwesend: 36 Mitglieder

Entschuldigt: J. Blaser, S. Bräutigam, R. Ewald, R. Moll

Präsident:

Ch. Anliker

Protokoll:

Isabelle Wilhelm

Mitteilungen des Präsidenten:

Einwohnerratspräsident Christoph Anliker, SVP, begrüsst die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte sowie die Gäste zur Sitzung.

Entschuldigt haben sich: S. Bräutigam, Jürg Blaser, Roy Ewald, R. Moll.

Einwohnerratspräsident Christoph Anliker gibt folgende Rücktritte per 31.10.2015 bekannt und bedankt sich im Namen der Gemeinde Binningen (überreicht ihnen jeweils einen Büchergutschein, Wert CHF 50.-): Meret Rehmann, Grüne, Erika Bättig Knotek, Parteilos, Lucas Metzger, CVP.

EINGEREICHTE VORSTÖSSE

Es wurden eine Motion, eine Interpellation sowie eine Dringliche Interpellation eingereicht.

- | | |
|--|-----|
| - Motion Ph. Spitz, SP-Fraktion: Einrichtung eines Kulturfonds | 176 |
| - Interpellation Ph. Spitz, SP Fraktion: Zolli-Verlängerung nach Binningen | 177 |
| - Dringliche Interpellation GRPK: Fahrverbot an der oberen Benkenstrasse | 178 |

ABSTIMMUNG über

Einwohnerratspräsident Christoph Anliker schlägt eine Abstimmung vor, über die Dringlichkeit der Dringlichen Interpellation GRPK, Geschäft Nr 178.

Gemeinderat Urs-Peter Moos würde eine solche Abstimmung begrüssen.

Eduard Rietmann, Parteilos, Präsident GRPK, erklärt die Dringlichkeit der Interpellation damit, weil das Geschäft schon sehr lange beim Gemeinderat liegt. Die GRPK würde es begrüssen, diesbezüglich „vorwärts“ zu machen.

ABSTIMMUNG über die Dringlichkeit der Dringlichen Interpellation GRPK, Gesch. Nr. 178:
„Fahrverbot an der oberen Benkenstrasse“

://: Die Interpellation wird mit einer Zweidrittelsmehrheit für dringlich erklärt.

Susanne Tribolet, Vizepräsidentin, gratuliert dem *Ratspräsidenten Christoph Anliker*, als „jüngstem Ratsmitglied“ nachträglich zum 30. Geburtstag.

Protokoll der letzten Einwohnerratssitzung: Eine Korrektur zu einem Votum von *Rahel Bänziger, Grüne* wurde im Protokoll bereits vorgenommen. Dem Ratspräsidenten sind keine weiteren Änderungen bekannt, auch werden keine weiteren vermeldet, die Protokollantin wird verdankt.

Traktandenliste

Geschäft Nr.

1. Genehmigung des Protokolls vom 14.09.2015
2. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 29.09.2015:
Reglement über die Entschädigung von Entlastungsleistungen bei der Pflege zu Hause 175
Geschäftskreisführung: Heidi Ernst
3. **Schlussbericht der Spezialkommission Werterhaltung Schloss** vom 15.09.2015: 173
Geschäftskreisführung: Mike Keller
4. Bericht / Antrag des Gemeinderats 29.09.2015:
Postulat SVP-Fraktion: Asylsituation in Binningen 168
Geschäftskreisführung: Barbara Jost
5. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 29.09.2015
Kreditabrechnung Garderobengebäude Spiegelfeld 153
Geschäftskreisführung: Daniel Nyffenegger
6. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 29.09.2015:
Interpellation R. Bänziger, Grüne / EVP: Verschollene Baulinien 172
Geschäftskreisführung: Mirjam Schmidli
7. Dringliche Interpellation der GRPK vom 23.10.2015:
Fahrverbot an der oberen Benkenstrasse 178
Geschäftskreisführung: Urs-Peter Moos
8. Diversa

Genehmigung des Protokolls vom 14.9.2015

://: Das Protokoll wird genehmigt.

Reglement über die Entschädigung von Entlastungsleistungen bei der Pflege und Betreuung zu Hause

EINTRETEN

Peter Heiz, FDP, bedankt sich namens der Fraktion für die überarbeitete Version des Reglements durch Gemeinderat und Verwaltung. Seine Fraktion anerkennt den Grundsatz, ambulant vor stationär, sowie auch „vieles anderes Gutes“, dass ins Reglement eingeflossen ist. Dennoch vermag die definitive Vorlage nicht zu hundert Prozent überzeugen. Grund sind einige Schwachstellen, weshalb die FDP-Fraktion für Überweisung des Reglements in eine Spezko plädiert. Die Fraktion wünscht, dass das Reglement künftig von einer Wegleitung - ähnlich einem Kochbuch – begleitet wird: Nach der Einführung des Reglements, vorschlagsweise nach drei Jahren, soll der Gemeinderat einen Zwischenbericht verfassen über den Verlauf und die Einhaltung. Nochmals, die FDP beantragt die Überweisung in eine Spezko.

Susanna Keller, SVP, erklärt, dass sich die Fraktion ausführlich mit der Vorlage auseinandergesetzt hat. Bereits im Vorfeld hat sie sich mit offenen Fragen an die zuständige Gemeinderätin Heidi Ernst gewandt. Diese hat Fragen zu Themen wie *Dritte, Extern, Stundenansätze CHF 30.-* und *wie lange jemand schon in Binningen wohnen muss, um Entlastungsleistungen zu erhalten*, umgehend beantwortet, was verdankt wird. Trotzdem sind bei der Fraktion weitere Fragen aufgetaucht. Sie möchte dem Geschäft grundsätzlich zustimmen. Dies, zumal stationäre Betreuungen kostspieliger sind als ambulante zu Hause, wo die Pflegebedürftigen in ihrer gewohnten Umgebung bei ihren Angehörigen bleiben können, entsprechend dem Grundsatz: „ambulant vor stationär“. In der Fraktion wurden mehrere Meinungen und Gedanken ausgetauscht. Ein Beispiel: Bei einer Annahme von 100 Pflegebedürftigen, die die Entlastungsleistungen in vollem Umfang beanspruchen, belaufen sich die Jahreskosten auf über CHF 700 000. Wie viele Pflegebedürftige werden sich da wohl melden? Weiss man das? Sodann stellen sich die Fraktionsmitglieder auch die Frage, ob wir uns das überhaupt leisten können. Angebracht wären, ein gewisses Controlling und ein Bericht, nach einer bestimmten Zeit. Um diese Fragen und Bedenken zu analysieren und zu beantworten, möchte die Fraktion das Geschäft in eine Kommission geben, vorzugsweise in die GRPK. Deshalb beantragt die SVP-Fraktion das Geschäft in die GRPK zu überweisen. Zu den Details wird sich die Fraktion erst in der Lesung des Reglements äussern, schliesst die Rednerin.

Meret Rehmann, Grüne, hält fest, dass die Fraktion der Grünen / EVP die Stossrichtung des Postulats und des Reglements begrüsst. Sie bedankt sich beim Gemeinderat für die Ausarbeitung. Allerdings wäre eine Synopse hilfreich gewesen mit einer Gegenüberstellung des ursprünglichen Entwurfs und des jetzigen Reglements. Dies, weil nachträglich doch noch einige Punkte geändert worden sind, die nun auf den ersten Blick nur sehr schwer zu erkennen sind. Die Leistungen zur Entlastung von Personen, die ihre Angehörigen zu Hause intensiv pflegen, sind sehr sinnvoll. Obwohl dabei auch Kosten für die Gemeinde anfallen, sind dies doch sehr kleine Beträge, wenn man bedenkt, dass dafür Alters- und Pflegeheimaufenthalte hinausgezögert werden können. Mit Entlastungsleistungen der pflegenden Personen ist es besser möglich, diese Pflege zu leisten. Dennoch gibt es einige Punkte im Reglement mit Diskussionsbedarf. Beispielsweise hält es die Fraktion für fraglich, ob die Begrenzung im §4 von 20 Stunden pro Monat sinnvoll ist und als Entlastung ausreicht. Dazu merkt die Sprecherin an, dass etwa die Gemeinde Arlesheim, deren Reglement anscheinend als Vorbild für die Gemeinde Binningen diene und ähnlich aus-

sieht, keine solche Begrenzung an Stunden vorsieht. Allgemein möchte die Fraktion anregen, dass bei der Auswahl vom Entlastungsangebot, langfristige und nachhaltige Lösungen jeweils bevorzugt werden, weil dies den Pflgenden am meisten bringt. Wichtig auch, dass das Formular, mit dem Entlastungsanträge gestellt werden können, niederschwellig ist. Das Reglement soll keine bürokratische Abschreckung für die Antragssteller darstellen. Einige Punkte bedürfen eine noch etwas intensivere Beschäftigung. Daher ist die Fraktion für eine Überweisung an eine Spezko.

Eduard Rietmann, Parteilos, schliesst sich namens der Fraktion dem Dank an, was die Vorlage des Reglements angeht. Allerdings sieht die CVP-Fraktion das Ganze etwas kritischer. Er äussert seinen Eindruck, dass bei der letzten Besprechung im Mai, als man um diverse Abklärungen bat, nicht sehr stark auf diese und weitere Fragen eingegangen ist. Das spielt jetzt aber keine Rolle, so der Redner, denn die Fraktion unterstützt ohnehin die Überweisung in eine Spezko. Er unterstützt den FDP-Antrag, nach drei Jahren einen Bericht verfassen zu lassen. Dann möchte er auf eine Bemerkung der SVP hinweisen: Bei einem solchen Reglement, einer solchen Vorlage, sollten eigentlich, zusammen mit der Vorlage, die Folgekosten im Einwohnerrat präsentiert werden. So steht es im Finanzreglement. Der Redner bittet darum, dass auch die Folgekosten aufgeführt werden, sobald die definitive Vorlage steht. Dann möchte *Eduard Rietmann* noch etwas zur Spezialkommission sagen, denn es wurde der Antrag „Überweisung an die GRPK“ gestellt. *Eduard Rietmann* bittet seine Kolleginnen und Kollegen lieber eine Spezko zu machen, also das Geschäft *nicht* in die GRPK zu überweisen. Der Grund ist, dass die GRPK zurzeit ein ziemlich grosses Pensum hat u.a. mit Budget, HÜP – was erfahrungsgemäss recht viel Arbeit geben wird. Der *Präsident der GRPK* findet es deshalb für an der Zeit, dass sich auch einmal andere Leute aus einer Kommission um solche Sachen kümmern.

Gabriela Vetsch, SP, bedankt sich namens ihrer Fraktion für die Überarbeitung des Reglements und vor allem für die Erklärungen, die dazu beigetragen haben, einige Dinge besser zu verstehen. Die Fraktion ist unbestritten der Meinung, dass die Pflege zu Hause vor der Pflege im Heim kommt. Langfristig werden damit garantiert Kosten gespart. Die SP ist die einzige Fraktion, mutmasst die Rednerin, die gerne eine Beratung im Rat gehabt hätte, da es für die Fraktion nicht mehr so viele offenen Punkte zum Reglement zu klären gibt, die nicht gleich auch noch heute Abend geklärt werden könnten. Nachdem sich nun aber eine Mehrheit für eine Spezko ausspricht, will sich die SP dagegen nicht sträuben, so die Rednerin, natürlich macht auch die SP mit. Die Rednerin hält weiter fest, dass ein solches Reglement unabdingbar ist. Weil nun schon sehr lange daran gearbeitet wird, wird die SP dahingehend einwirken, dass es flott vorwärts geht, in der Spezko. Das Reglement soll sicher noch vor Ende der Legislaturperiode unter Dach und Fach kommen.

Heidi Ernst, Gemeinderätin SP, hat den Voten entnommen, dass alle Anwesenden dem Geschäft eine grosse Bedeutung beimessen und aber trotzdem noch nicht mit der Vorlage zufrieden sind. Sie findet das nicht schlimm, im Gegenteil. Wenn dereinst in Binningen Nägel mit Köpfen gemacht werden, dann sollte das vorher ausgiebig miteinander diskutiert werden können. Wenn der Rat das Geschäft nun in eine Spezko gibt, benötigt dies sicher nicht mehr 10 Sitzungen, auch muss man nicht mehr auf der „grünen Wiese“ beginnen, ist die Gemeinderätin überzeugt. Die Vorlagen und Unterlagen sind ja bereits vorhanden. Es geht jetzt noch um Detailfragen. Diese werden in der Spezko sicher geklärt. Die Gemeinderätin wäre daher sehr froh, wenn der Rat der Spezko zustimmen würde. Für sie ist es ganz wichtig, dass ein guter Konsens erzielt wird, da es ein „ganz wichtiges Geschäft“ ist, wie sie abermals betont. Einerseits handelt es sich dabei um ein Geschäft für die Binninger Bevölkerung, andererseits steht das Geschäft aber auch für das Binninger „Alterskonzept“. Die Gemeinderätin ist überzeugt, dass eine Lösung gefunden wird. Vor der diesbezüglichen Abstimmung im Rat bekennt die Gemeinderätin, dass sie sich sehr darüber freuen würde, wenn der Rat einer Spezko zustimmen könnte. Die Gemeinderätin ist sicher, dass man dann zu einer guten Lösung kommen wird, die dem entspricht, was man heute unter guter und aktueller Alterspolitik versteht. Also auch als ein Baustein der Alterspolitik, die in Binningen ja schliesslich schon sehr fortschrittlich ist. Aber hier besteht – wie angesprochen - noch eine Lücke. Als

Gemeinderätin möchte sie Hand bieten, daran gemeinsam weiter zu arbeiten. Sie bedankt sich, dass man auf das Geschäft eingestiegen ist.

Einwohnerratspräsident Christoph Anliker fragt die SVP, ob sie noch immer an eine Überweisung an die GRPK festhält. Die SVP verneint dies. Vor der Abstimmung soll über die Grösse der Spezko beraten werden.

Stefan Kaiser, FDP, schwebt eine 7-er Spezko vor. Die nächstgrössere wäre seiner Meinung nach zu viel, wogegen in einer nächstkleineren nicht alle Parteien zumindest mit einer Stimme vertreten wären.

Rahel Bänziger Grüne, korrigiert, dass bei einer 5-er eben doch alle Parteien vertreten wären. Sie plädiert daher für eine 5-er Spezko, mit allen Fraktionen, da kleiner, wahrscheinlich auch günstiger und schneller. Sie macht sich für eine 5-er Spezk stark.

Thomas Hafner, CVP, korrigiert, dass, bei einer 7-er Spezko, seines Wissens nach die CVP-Fraktion beispielsweise auch nicht dabei wäre. Folglich geht das auch bei einer 5-er Spezko nicht.

Einwohnerratspräsident Christoph Anliker versichert, dass die CVP in dem Fall eben doch dabei wäre.

Thomas Hafner, CVP zeigt sich damit einverstanden.

Christoph Maier, FDP, bittet darum, über den Antrag der FDP abzustimmen und erkundigt sich über das diesbezügliche Prozedere.

Einwohnerratspräsident Christoph Anliker wünscht, dass der Antrag nochmals formuliert wird.

Christoph Maier, FDP wiederholt den Antrag nochmals; also, dass nämlich die FDP das Geschäft überweisen möchte, mit der Massgabe, dass ein Zwischenbericht erstellt wird. In diesem soll der Gemeinderat nach der Einführung des Reglements berichten, wie sich die Einführung tatsächlich ausgewirkt hat.

Rahel Bänziger, Grüne, zeigt sich überrascht vom Vorgehen. Nach ihrem Wissen werden solche Anträge normalerweise in der Spezko bearbeitet und erst dann im Rat diskutiert. Dass ein solcher Antrag nun schon mit der Überweisung gestellt wird, empfindet sie als ein bisschen speziell.

Einwohnerratspräsident Christoph Anliker empfiehlt, trotzdem zunächst über den FDP-Antrag abzustimmen und danach zu schauen, was dabei herauskommt.

ABSTIMMUNG Antrag FDP:

Inmitten der laufenden Abstimmung erkundigt sich Ratspräsident Einwohnerratspräsident Christoph Anliker sicherheitshalber nochmals, ob er es richtig verstanden hat, dass der Antrag nun auf „Zwischenbericht“ lautet? (Antwort auf Tonspur nicht hörbar).

Peter Heiz, FDP, empfiehlt, darüber abzustimmen, ob die Frage überhaupt in eine Kommission kommt, so lautete der (ursprüngliche) Antrag. Anschliessend, in einem zweiten Gang, und sofern die Antwort „Ja“ ist, dann auch eine Abstimmung darüber, falls das Geschäft in eine 7-er oder in eine 5-er Kommission kommt.

Einwohnerratspräsident Christoph Anliker ist damit einverstanden und lässt entsprechend abstimmen.

ABSTIMMUNG soll das Geschäft in eine Spezko überwiesen werden?

BESCHLUSS

://: *Grossmehrheitlich ja*

Pascal Treuthardt, FDP, wünscht, dass die Nein-Stimmen gezählt werden. Beim Abstimmen vom Zusatzbericht gibt es zwar Ja-Stimmen, dann hat aber jemand dazwischen geredet und Nein-Stimmen und Enthaltungen sind noch nicht gezählt worden.

Ratspräsident Christoph Anliker erwidert, dass das Wahlbüro die erste Abstimmung gar nicht aufgenommen hat. Er präzisiert, dass die erste Abstimmung jene über „Überweisung an eine Spezko“ war. Diese wurde mit grosser Mehrheit angenommen. Der Ratspräsident lässt anschliessend über die Grösse der Spezko abstimmen.

ABSTIMMUNG soll das Geschäft in eine 7-er oder 5-er Spezko überwiesen werden?

BESCHLUSS

://: Das Geschäft geht in eine 7-er Spezko

Anschliessend möchte *Ratspräsident Christoph Anliker* über den Antrag FDP, auf „Zwischenbericht“, abstimmen lassen (*auf der Tonspur sind „Zwischenstimmen“ dazu nicht interpretierbar*). Dann bittet der Ratspräsident, um eine schriftliche Formulierung des Antrags.

Gemeinderätin Heidi Ernst, SP, schaltet sich ein. Sie ist sich nicht sicher, ob das Vorgehen formal richtig ist. Sie meint, dass wäre eine Frage, die in der Spezko geklärt werden müsste. Die Spezko müsste ganz klar definieren, dass es nach zwei oder drei Jahren eine Evaluation gibt, so dass man jetzt nicht darüber abstimmen muss. Sie weiss es aber auch nicht sicher, denn sie ist ja nicht Juristin, wie sie sagt.

Eduard Rietmann, Parteilos, erläutert, dass nun ein Antrag des Gemeinderats für das Reglement vorliegt. Die Spezko wurde jetzt bereits bestimmt. Diese macht einen Gegenantrag. Sämtliche Fragen, die jetzt für das Geschäft geklärt werden müssen, kommen später als Gegenantrag zum jetzt vorliegenden Antrag der Spezko.

Ratspräsident Christoph Anliker erklärt, dass der Antrag der FDP damit vom Tisch- und das Traktandum abgeschlossen ist. Er fragt die Verwaltung, ob sie Kenntnisse darüber hat, wer dem nächsten Präsidium der Kommission vorsteht? Das wird von der Verwaltung noch während der Sitzung geklärt und per Mail am nächstfolgenden Tag bestätigt.

Rahel Bänziger, Grüne, bemerkt, dass es sehr wahrscheinlich die *Grünen* sind, die das Präsidium haben werden.

Einwohnerratspräsident Christoph Anliker fordert die Fraktionen auf, sich nach der Sitzung bei *Beatrice Büschlen, Grüne*, zu melden und gemeinsam zu klären, wer in der Spezko alles mitmacht.

Schlussbericht der Spezialkommission Werterhaltung Schloss

EINTRETEN

Simone Abt, SP, Präsidentin Spezialkommission, erläutert den Schlussbericht der Spezko Werterhaltung Schloss an den Einwohnerrat, den sie als etwas *speziell* beschreibt. Es ist nicht Brauch und Pflege solche Berichterstattungen miteinzubeziehen in den Bericht der Spezialkommission. Sie macht es – zumindest andeutungsweise – trotzdem. Die grossen Fragen, die sich vermutlich bei vielen stellen sind wohl etwa die folgenden: „...Was wollen die eigentlich von der Spezko, warum kommen die jetzt, weshalb schreiben sie einen Schlussbericht, warum machen sie das und nicht etwas anderes?“. Die Spezko-Präsidentin möchte deshalb ein paar Worte dazu erläutern. Zum Inhalt selbst möchte sie nicht viel sagen, er ist relativ kurz, inhaltlich einfach und schlüssig. Sie wird später zu den Anträgen etwas sagen, das ist alles, bemerkt sie. Zur Frage, weshalb die Spezko jetzt mit dem Schlussbericht vorstellig wird? Die Präsidentin Spezialkommission beschreibt die Spezko als Methusalem unter den Spezkos. Die Spezkos sind ja eigentlich Erscheinungen, die in einer Legislatur irgendwann aufgehen und nach getaner Arbeit wieder verschwinden. Die Spezko Werterhaltung Schloss wurde - vor sage und schreibe - zweieinhalb Jahren eingesetzt, um im Prinzip über eine Finanzvorlage zu befinden. Die Spezko-Präsidentin bemüht sich, die Sachlage „in einfachen Worten“, wie sie sagt, zu schildern. Was daraus geworden ist, beschreibt sie als sehr interessant. Es wurde eine grosse Auslegeordnung gemacht und danach wurde geschaut, was als nächstes ansteht und zu tun wäre. Zum Teil waren die Fazits sehr erstaunlich, weil man sich – unvoreingenommen – die Frage stellt, weshalb das alles *so lange gedauert* hat? Weshalb kommt man erst jetzt mit solchen einfachen Folgerungen? Beispielsweise jenes Fazit, nachdem Nutzungs- und Trägerschaftsmodell gemacht wurden, im dritten Bericht, wohlverstanden. Es gab zwei vorhergehende, die immer zu weiteren Aufträgen und Abklärungen geführt haben, erläutert die Spezko-Präsidentin. Fazit: Denk- und machbar wäre Vieles, abhängig von der zulässigen Nutzung und der Finanzierbarkeit. Hinter den Kulissen wurde sehr viel gearbeitet. Es war dies nicht unbedingt die Spezko, man traf sich nicht in einem regen Sitzungs-Rhythmus, sondern in Abständen von mehreren Monaten. Zwischenzeitlich hatte der Gemeinderat gearbeitet, hatte das Ruder in der Hand, traf Abklärungen und berichtete anschliessend an die Spezko. Aus dem Bericht ist ersichtlich, was alles geprüft wurde. Die Werterhaltungsmassnahmen waren immer ein Thema. In einem ersten Schritt war die Rede davon, diese zu etappieren, in kleinen Schritten und in einer gewissen Regelmässigkeit, soweit die erste Idee. Unterdessen – und das ist eine Neuheit, die die Spezko-Präsidentin herausstellen möchte – wurde festgestellt, dass es Sinn macht, die Stärken zu bündeln und den Betrieb im Schloss, während einer gewissen Zeit zu schliessen und danach wieder heraufzufahren. Dies, weil der Betrieb, so wie er jetzt ist, nicht geführt werden kann, während ständig gebaut oder renoviert wird. Das ist eine der Erkenntnisse, die beispielsweise sehr viel mehr Zeit benötigt hat, als erwartet. Der Gemeinderat hat der Spezko beim letzten Mal im Juni über Abklärungen berichtet. Aus dem Bericht hat sich für die Kommission klar ergeben, dass folgendermassen weitergearbeitet werden muss: Erstens muss die Frage nach der Trägerschaft ermittelt werden. Wie wird das Schloss getragen, von wem? Aus der Trägerschaft ergibt sich die Nutzung und daraus wiederum die Werterhaltungsmassnahmen. So und nicht umgekehrt. Mit einer Vorlage über Werterhaltungsmassnahmen muss man sich die Fragen stellen: Wie soll die Trägerschaft aussehen? Da gibt es im groben zwei Szenarien, die sehr detailliert geprüft wurden: Variante „Schloss bleibt im Eigentum der Gemeinde“ mit mehreren Varianten, die im Bericht aufgeführt sind. Die Variante „Schloss wird aus dem Eigentum der Gemeinde ausgegliedert“. Das ist ein Entscheid, der gefällt werden muss. Die Frage ist, wo fällt der Entscheid bzw. von wem? Es gibt Kompetenzregelungen in der Gemeinde. Es gibt Geschäfte, bei denen ab einer bestimmten Grössenordnung der Gemeinderat zuständig ist. Es gibt andere, da ist der Einwohnerrat zuständig und solche, die zwingend eine Volksabstimmung zur Folge haben. Unabhängig davon wurde von der Kommission in Betracht gezogen, dass das Schloss resp. Schlossensemble ein Kon-

strukt ist, dass vor fast 25 Jahren entstanden ist. Dies aufgrund eines Volksentscheids. Dieser wurde von der damaligen Trägerschaft, der Einwohnergemeinde, gefällt. Deshalb ist nach Auffassung der Spezko eine Änderung der Trägerschaft ebenfalls Frage eines Volksentscheids. Und so kommt die Spezko zu ihren Schlüssen und ihren Anträgen. Es wurde auch die Finanzsituation der Gemeinde angeschaut. Es steht ein gewisser Investitionsbeitrag an. Dieser ist berechnet aufgrund der jetzigen Nutzung, ein Richtwert. Es fallen Abschreibungen an, das ist ein Fakt. Und nimmt man Fremdkapital auf fallen Kreditzinsen an. Diese finanziellen Fakten wurden festgehalten und müssen bei der Entscheidungsfindung präsent sein. Die finanzielle Situation ist zurzeit etwas angespannt. Für Kapitalaufnahmen benötigt es eine Änderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen, erinnert die Spezko-Präsidentin. Bevor die Gemeinde Investitionsmittel bereitstellt und einsetzt, muss grundsätzlich über die zukünftige Trägerschaft des Schlosses befunden werden. So kann auch die Belastung vom Gemeindehaushalt genauer bestimmt werden. Die Spezialkommission ist einstimmig – die Präsidentin wiederholt mit Nachdruck – *einstimmig* – der Meinung - denn es wurde ausgiebig diskutiert - dass der Verbleib vom Schloss im Gemeindevermögen, vom Volk getroffen werden muss. Gesetzliche Grundlagen dazu gibt es, aufgrund der Wichtigkeit des Geschäfts, Gemeindeordnung §12. Die Spezko-Präsidentin verweist auf den Pressebericht, der nach ihren Worten „sehr schön zusammenfasst“, was die grosse Fragen sind. Auch sie stellt die Frage, ob es nicht eine Möglichkeit gibt, dem Volk ein konkretes Projekt vorzuschlagen, das beschreibt, was bei einem „Ja“ geschieht und was bei einem „Nein“, inklusive der Kosten, alles möglichst detailliert? Der Kommission wurde beschieden, dass das sei ziemlich schwierig ist, weil es zwingend verknüpft ist mit der Frage nach der Trägerschaft. Und das Gespräch mit Trägerschaften – so berichtete der Gemeinderat – ist nicht ganz einfach bei Unklarheiten. Wenn man bsp. mit Privaten darüber spricht, muss man eigentlich wissen, was man kann oder eben auch nicht kann. Das ist nicht möglich, in der jetzigen Situation. Eigentlich gehört das Schloss dem Volk und ist aufgrund eines Volksentscheids in das Schlossensemble eingebunden. Eine weitere Frage: Was passiert mit dem Ensemble, wenn über das Schloss abgestimmt wird? Das sind alles Fragen, die an den Volksentscheid geknüpft sind. Deshalb können sie auch nur vom Volk gelöst, aufgelöst oder weiterentwickelt werden. Zu den Anträgen: Der Gemeinderat soll möglichst bald, so schnell, wie sinnvollerweise machbar, über die Grundsatzfrage entscheiden lassen, ob das Schloss Binningen mit der Parkanlage (also jener Teil, bei dem es in der Vorlage geht – natürlich geht das Ensemble darüber hinaus), im Eigentum der Gemeinde Binningen verbleiben oder nicht? Dann sollen die finanziellen Aspekte aufgezeigt werden, schliesslich soll die Bevölkerung keine „Katze im Sack“ kaufen. Die Ausgaben zu den Investitionen - kurz, mittel, langfristig - wären erwünscht. Auch besteht ein gewisser Zeitdruck, weil das Ergebnis der Volksabstimmung natürlich auf die Liegenschaftsstrategie der Gemeinde eine gewisse Auswirkung hat, die ja ausgearbeitet wird. Die Spezko-Präsidentin bittet um rasche und zügige Behandlung und schliesst mit den Worten, dass sie die kommende Diskussion mit Spannung erwartet.

Einwohnerratspräsident Christoph Anliker verweist in dem Zusammenhang darauf, dass die Verwaltung festgestellt hat, dass die Anträge „*unglücklicherweise offen formuliert*“ wurden, was die „*präzise Formulierung bei der Beschlussfassung heute Abend verunmöglicht*“. Er bittet darum, die Anträge künftig mit einem Vorschlag für eine saubere Beschlussfassung vorzulegen.

DETAILBERATUNG

Pascal Treuthardt, FDP, bezeichnet eine Volksabstimmung über die Eigentumsverhältnisse des Schlossparks – egal ob mit oder ohne Schloss – für nicht sehr sinnvoll. Wenn man so etwas einer neuen Trägerschaft übergibt, hat das Volk ein Anrecht darauf zu wissen, welche Trägerschaft es ist. Eigentlich wurde erwartet, dass der Bericht etwas über den Erhalt des Schlosses und dessen Finanzierung aussagt und nicht über die Änderung der Eigentumsverhältnisse des Parks. Auch kann man nicht wissen, ob der Wille des Volkes bei einer Abstimmung auch tatsächlich erfüllt wird. Wenn die Bevölkerung das Eigentum nämlich nicht mehr behalten möchte, wem drängt man den Park und das Schloss auf? Wer möchte so einen Park, wer möchte ein Schloss mit solchen Investitionskosten. Wenn man keinen Käufer findet, kann auch keiner erzwungen werden, dann würde der Volkswillen auch missachtet. Im Falle eine Befra-

gung sollte man dem Volk ganz klar aufzeigen, was es dafür bekommt und dass das auch erfüllt werden kann. So offen, wie die Fragen formuliert sind, sind sie eine „Blackbox“ und so etwas darf nicht unterstützt werden. Die FDP-Fraktion lehnt alle drei Anträge der Spezialkommission mit einer Mehrheit ab.

Thomas Hafner, CVP, bedankt sich bei der Spezialkommission Werterhaltung Schloss für den Bericht. Er ist von der Fraktion recht gut aufgenommen worden. Die erste Meinung dazu war *mutig* und *ein längst fälliger Entschluss*. Bemängelt wird hingegen, dass sich die Kommission sehr viel Zeit dafür gelassen hat. Der Spezko-Bericht ist sehr kurz gehalten. Aus dem Inhalt ist ersichtlich, dass sehr viel abgeklärt und untersucht wurde. Auch wurden sehr viele verschiedene Optionen für Trägerschaften geprüft, auch viele Nutzungsoptionen. Denk- und machbar wäre vieles gewesen. Aber der Gemeinderat hat auch nach vielen Abklärungen einen ausführlichen und vertraulichen Bericht abgeklärt. Daraus wurde sehr viel Information gewonnen. Der Input ist auch immer wieder über den Gemeinderat gekommen. Aber letztlich landete man immer wieder bei der allerwichtigsten Hauptfrage: Wie stellt sich der Binninger Bürger zum Binninger Schloss? Diese Frage wird kein Hellseher, keine politische Gruppierung kein Befürworter oder Gegner abnehmen. Alle weiteren Diskussionen, die schon vorab in der Kommission, mit dem Gemeindepräsident, mehrfach mit angehaltener Handbremse diskutiert worden sind, bekommen erst das nötige Gewicht, wenn die Binninger Politik das Gespür der Binninger Wohn- und Stimmbevölkerung kennt. Es ist sicher gut denkbar, dass das Binninger Schloss und seine Umgebung bei den Binninger Bewohnern sehr beliebt ist. Und auch, dass die Binninger sogar stolz sind, auf das historische Gebäude, auf Binninger Boden. Trotzdem wird das Thema von der Presse mehr negativ als positiv ins Land herausgetragen. Vielleicht ist der Binninger Steuerzahler sehr wohl bereit, mittels einer transparenten Abstimmungsvorlage, auch in Zukunft eine wohlwollende Finanzierung zu finden, wohlwissend, dass das Schloss noch nie gratis war. Denkbar wäre es. Die Spezialkommission hat sich nie dahingehend geäußert, dass die Mitglieder das Schloss einfach so abschieben möchten. Das entspricht nicht der Wahrheit, im Gegenteil. Auch in der Kommission gibt es viele Kräfte, die entschieden gegen eine Verkauf sind. Der Antrag der Spezialkommission an den Einwohnerrat lautet heute nur, dass der Gemeinderat beauftragt werden soll, eine Volksabstimmung durchzuführen, über folgende Grundsatzfrage: Soll das Schloss Binningen mit der Parkanlage im Eigentum der Gemeinde Binningen verbleiben?“ Punkt und Schluss, das ist es, nicht mehr und nicht weniger. Erst wenn man das Resultat der Stimmbevölkerung kennt, kann über weitere Schritte und - auch dann erst - über weitere Investitionen diskutiert werden. Solange kein Resultat der Stimmbevölkerung vorliegt, sind alle nachträglichen Prüfungen und Diskussionen nutzlos. Was den Zeitungsartikel anbetrifft, kritisiert der Redner, „hat wieder einmal die Presse versucht, in Binningen Politik zu machen“. Seiner Meinung nach wäre es wünschenswert gewesen, zuerst die Meinung des Einwohnerrats abzuhören ohne bereits wieder „Einwohnerräte via Meinung vom Gemeinderat durch die Presse zu manipulieren“. Die CVP-Fraktion folgt dem Antrag der Spezialkommission Werterhaltung Schloss und hofft auf die Unterstützung aus dem Rat, dass die Volksabstimmung zustande kommt und rasch durchgeführt wird. Die CVP-Fraktion empfiehlt, dass der Einwohnerrat dem Antrag zustimmt.

Beatrice Bürgin, SVP, bedankt sich bei der Spezko für ihre Arbeit. Die Chronologie zeigt, dass viele Aspekte berücksichtigt wurden und dass sich am Ende immer wieder dieselben Fragen stellten: Wer bezahlt das Ganze? Die Antwort ist klar, der Eigentümer bezahlt. Zurzeit ist dies die Gemeinde Binningen. Da es sich um ein vieldiskutiertes und emotionales Thema handelt, ist es nur logisch, dass die Bevölkerung ins Boot geholt werden muss. Die Folgen aus einem möglichen Verbleib im Besitz der Gemeinde hat letztlich das Volk, via Steuern zu tragen. Damit ist man wieder bei der Tatsache angelangt, dass „wer zahlt, auch befiehlt“. Weil noch keine Trägerschaft bekannt ist, lehnt die SVP-Fraktion die drei Anträge der Spezko – nach reiflicher Überlegung – ab.

Beatrice Büschlen, Grüne, erinnert, dass der Auftrag an den Gemeinderat war, Varianten für die Nutzungen und Trägerschaftsmodell einschliesslich ihrer Auswirkungen zu erarbeiten. Das Fazit der Spezko ist: Die Ideen sind da, aber es gibt Abhängigkeiten von Nutzung und Finanzierbarkeit. Interessierte Käufer, Nutzer oder Pächter müssen die Abhängigkeiten kennen, damit sie sie bewerten können. Eine Mehrheit der Grünen / EVP-Fraktion ist der Ansicht, dass eine Grundsatzabstimmung zum Schloss durch die

Stimmberechtigten jetzt noch verfrüht ist. Der Gemeinderat soll noch einmal Zeit erhalten, für Prüfung, Nutzung, Kauf und allenfalls des Parkvertrags. Ein jährlicher Verlust sollte vermieden werden. Auch findet eine Mehrheit der Fraktion, dass die empfohlenen Werterhaltungskosten der Villa Nova-Architekten zu hoch sind. Als Idee könnte stattdessen die Bauverwaltung Unterhaltsalternativen aufzeigen. Angeregt wird, dass eine nächste Tranche Unterhalt durch Mitarbeitende der Bauverwaltung unter Einbezug des Werkhofs durchgeführt werden könnte. Eine Minderheit glaubt, dass eine Werterhaltung in Etappen letzten Endes teurer kommt, als eine Sanierung in einem Zug. Die Werterhaltungsmassnahmen über die anschliessenden 10 – 20 Jahre könnten dann wesentlich genauer berechnet werden und kämen günstiger. Das macht allerdings nur Sinn, wenn Trägerschaft und Besitzverhältnisse klar sind. Bei der möglicherweise langwierigen Suche nach einer Trägerschaft könnte es durchaus passieren, dass der Pächter seinen Vertrag rechtmässig kündigt, dies, weil er nicht weiss, was herauskommt. Dann droht eventuell ein leerstehendes Schloss. Das ist ein Szenario, das man in Betracht ziehen sollte. Die Mehrheit der Grünen lehnt die Anträge der Spezialkommission ab, eine Minderheit wird sie annehmen. Beim Antrag 3, könnte eine Umformulierung in Betracht gezogen werden, was sich aber vielleicht aus der weiteren Diskussion ergibt, so die Sprecherin.

Severin Brenneisen, SP, bedankt sich bei der Spezialkommission namens der Fraktion. Wenn die Rede vom Schloss ist, muss man sich die Frage stellen, was gehört eigentlich dazu? Das Restaurant, der Park, der grosszügige Vorplatz, das Hotel, das Ganze? Heute hat man verschiedenes gehört. Nach der Vorlage muss davon ausgegangen werden, dass es vor allem das Schloss ist, d. h. das Restaurant, also das ältere Gebäude. Das ganze Ensemble hat eine wichtige Funktion bekommen, nach all den baulichen Massnahmen wurde es zum Begegnungsort. Viele sind froh, glaubt der Redner, dass man mit dem Erreichten zufrieden sein kann. In der Vergangenheit wurde im Rat sehr viel erarbeitet bis es soweit war, wie es sich heute präsentiert. Es gab Volksabstimmungen, Investitionsvorlagen, teilweise gehässige Debatten und auch gute und ansprechende Geschichten. So kann man mit dem jetzigen Resultat zufrieden sein, findet er. Aufgrund von Werterhaltungsmassnahmen in einem hohen Millionenbereich – die Rede ist von CHF 6 Mio. über die nächsten 10, 15 Jahre – wurde eine Vorlage erarbeitet. Diese wurde an eine Spezko überwiesen. Daraus sind verschiedene Anträge über Nutzungsänderungen oder Nutzungsvorschläge entstanden, über Trägerschaften usw. An und für sich hat man jetzt ein „fixfertiges“ Schlossrestaurant, ein Hotel und man hat sich eigentlich ziemlich auf die Nutzung festgelegt. Das zu ändern, nachdem so viel investiert wurde, ist wahrscheinlich eher ein schwieriges Unterfangen. Auch entspricht es vielleicht nicht ganz dem Volkswillen. Wurde das ganze doch auch als Restaurant dem Volk damals begründet. Zum Punkt der Trägerschaften: Wenn man jetzt noch nicht weiss, was es für eine Trägerschaft ist, ist es eher schwierig, in einer Abstimmung überhaupt über etwas abzustimmen, bei dem man nicht genau weiss, ob es nachher noch öffentlich nutzbar ist oder ob alles weg ist. Diese Frage muss vorher im Rat geklärt werden. Der Bürger hat das Recht zu wissen, dass das Schloss dann wirklich weg ist für die Öffentlichkeit, wenn er mit „Nein“ stimmt. Solche Fragen müssen vorher im Rat geklärt werden. Aus dem Grund fordert der Redner klare Fragen, sollte es zu einer Abstimmung kommen. Was soll mit dem Schloss passieren? Dann hat der Bürger die Chance mit „ja“ oder „nein“ zu antworten. Aber vorher ist das schwierig, mahnt er.

Jürg Humbel, FDP, bestätigt, dass das meiste im Rat wohl schon gesagt wurde. Er bezeichnet es als „eine Katze im Sack“, die so gekauft werden soll. Dann versetzt er sich in die Rolle des Stimmbürgers. Nach Erhalt des Couverts mit dem Stimmzettel stellt sich ihm die Frage: „...Soll das Schloss bei der Gemeinde bleiben oder verkauft werden...?“. „Es gibt sehr reiche Sekten, etwa „Seelisberg“, so der Redner, oder, dass man sagt, ja, lass' es uns in die freiwillige Gant tun...Kurzum, als Stimmbürger möchte er konkret wissen, über was er abstimmen soll, bevor er Carte Blanche gibt.

Philipp Spitz, SP, möchte sich äussern in seiner Rolle als Minderheitensprecher seiner Fraktion und andererseits auch als ergänzender Spezko-Sprecher. Man darf sich durchaus fragen, „tant de bruit pour une omelette..?“. Die Spezko hat sich einige Mühe gemacht, sowie andere Leute auch, die im Zusammenhang mit der Spezko gearbeitet haben. Herausgestellt hat sich vor allem, was nicht denkbar oder

nicht wünschbar ist. Man darf sich nichts vormachen, der Spielraum ist nicht riesig. Auch gibt es sehr viele Interdependenzen, auf die hingewiesen wurde, insbesondere der Denkmalschutz, mit seinen Auflagen. Diese betreffen die Aussenhaut und das Innenbild des Schlosses. Politisch ist nicht machbar, dass der Park beispielsweise aufgesplittet wird, dass es ein Oligarchenschlupfwinkel wird oder ein Multiplex-Kino daraus entsteht. Auch die Pächterinteressen müssen berücksichtigt werden. Jetzt ist der Punkt erreicht, an dem man vorwärts machen muss. Es wurde zwei Jahre gearbeitet und nicht „nichts gemacht“. Das Ganze wurde genau analysiert. Der Auftrag der Spezko, den sie dem Einwohnerrat zur Abstimmung gibt ist, nun „vorwärts“ zu machen. Der Gemeinderat muss sich erklären. Der Redner zeigt sich gespannt, hinsichtlich dem angekündigten Votum des Gemeindepräsidenten. Der Gemeinderat hat jetzt die Chance, unter diesem Zeitdruck eine Lösung zu finden. Es kann sein, dass vielleicht die Bürgergemeinde ein Interesse hat, das weiss niemand. Das schliesst sich nicht aus, bei diesen Anträgen. Aber die CHF 6 Mio. werden als Damoklesschwert empfunden, deshalb darf nicht mehr so viel Zeit verloren vergehen und der Gemeinderat wird aufgefordert, vorwärts zu machen. Der Gemeinderat soll allenfalls die Lösung einer neuen Trägerschaft auf den Tisch bringen. Wenn es diese nicht gibt, auch wenn es bei der Trägerschaft der Gemeinde bleibt, muss die Sache vor das Volk, weil die Sache wichtig genug ist, so der Votant.

Thomas Hafner, CVP, ergänzt, dass die Trägerschaften sehr stark diskutiert wurden, auch mit dem Gemeinderat. Bei allen oder zumindest bei vielen Optionen musste man feststellen, dass die Optionen nicht möglich sind. Es ist durchaus realistisch, dass das Schloss am Schluss bei der Gemeinde Binningen bleibt. Aber es geht doch zunächst einmal darum, wie sich die Binninger Bevölkerung zum Schloss stellt. Jedes Mal wird die Frage im Rat diskutiert und die Antwort ist offen. Der Redner ist ebenfalls gespannt, was der Gemeindepräsident nachfolgend sagen wird. Am Ende wird es aber wahrscheinlich wieder auf ein „Herauszügern“ hinauslaufen und „am Schluss wird man trotzdem dort landen, wo man immer war“, befürchtet er.

Markus Ziegler, FDP, verfolgt die bewegte Geschichte des Schlosses nun schon seit einigen Jahren, wie er erklärt. Es hat fast unzählige Volksabstimmungen dazu gegeben. Er kann die Überlegungen der Kommission verstehen, nämlich dass ein solcher Grundsatzentscheid vom Volk getroffen werden muss. Er empfindet aber den vorgelegten Vorschlag als dürftig und visionslos. Rückblickend hat er sehr viele der Anliegen nicht geteilt. Aber die Initianten oder auch die politische Bewegung aus dem Einwohnerrat hatte zumindest damals eine klare Vision, wo es lang gehen soll. Sie warfen nicht einfach die Frage „was wollt ihr damit machen“ in die Luft. Und an diesem Vorgehen – so mutmasst der Redner – stört sich ein relativ substantieller Teil des Rats. Der Redner empfiehlt, politische Vorarbeit zu leisten, indem man darüber berät, „wohin“ es gehen soll und erst danach, das Volk befragt, was ja unbestritten ist. Einfach eine unbedachte Frage in den Raum zu werfen, bezeichnet er als „ein viel zu wenig ausgegorenes Vorgehen“.

Beatrice Büschlen, Grüne, fasst zusammen, dass der Haupttenor ist, dass das Schloss behalten werden soll. Sie folgert, dass dann die Konsequenz sein muss, dass es etwas kostet und dass dann auch saniert werden muss. Letzteres kann natürlich nicht im laufenden Betrieb gemacht werden. Dieser Konsequenzen muss man sich bewusst sein, mahnt sie.

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP, erinnert, wie ein Geschäft seitens Gemeinderat in den Rat hineingebracht wurde, wo es um eine Information ging, nach welcher anhand einer Zustandsanalyse, in den nächsten 10 Jahren, ungefähr CHF 6 Mio. Franken zu investieren sind. Das Zeitfenster und die Grössenordnung wurden anhand einer Erstaufnahme einmal so definiert, fährt er fort. Der Einwohnerrat hat damals den Bericht entgegen genommen. Er beschloss, dass – erstens - „Sofortmassnahmen“ freigegeben werden und – zweitens - der Bericht in eine Spezko, also in eine Kommission, überwiesen wird. Und, ganz wichtig, mit der Zustandsanalyse wurde gesagt, dass sie jedes Jahr aktualisiert wird. Mit den Sofortmassnahmen sollten die dringenden Punkte erledigt werden, gleichzeitig hätte man sich damit Zeit verschafft, um das Geschäft in Ruhe anzugehen. Zum Zustand der Liegenschaft hält der Gemeinde-

präsident fest, dass - nach der neuesten Überprüfung - der Handlungsbedarf für „grosse Arbeiten“ auch in den nächsten zwei bis drei Jahren nicht gegeben ist. Das heisst, der Zustand hat sich nicht verschlechtert und der Status Quo des Grundlagerichts gilt noch immer. Zur Diskussion bezüglich der Spezko selbst legt der Gemeindepräsident folgendes dar: Die Spezko ist zum Schluss gekommen, dass es – noch vor einer Rückmeldung zur Investition, zu dem Bericht des Gemeinderats - sinnvoll wäre, alternative Nutzungs- und Trägerschaftslösungen zu prüfen. Dazu hat die Spezko einen Zwischenbericht verfasst, der Einwohnerrat hat diesen gutgeheissen und mit dem Auftrag ist der Gemeinderat anschliessend „auf die Walz“ gegangen. Nach rund einem Jahr „ganz ganz spannender Gespräche, etlicher Enttäuschungen, Nervosität und trotzdem wieder einem warten und berichten“, hat er erkannt, dass es nicht einfach ist, „ein Schloss an den Mann zu bringen“. In persönlichen Gesprächen mit Leuten, die in Binningen wohnen, hat er herausgefunden, dass durchaus ein Interesse besteht, am Erhalt der Liegenschaft. Und auch, dass man sich dafür sehr gern engagieren würde, auch finanziell. Allerdings hat niemals jemand an einer Besprechung den Vorschlag gebracht, dass er nochmals darüber schlafen- und am nächsten Tag darüber sprechen möchte, schildert der Gemeindepräsident. Das sind ganz ganz schwierige Diskussionen, weil am Schluss niemand gesagt hat, dass er etwas übernimmt. Er stellt aber fest, dass besonders der Gedanke vorherrscht, dass man sich zusammentun muss, eine Organisation, einen Verein oder eine Gesellschaft gründen muss. Sowie auch, dass man klare Vorstellungen hat, mit wem man sprechen möchte bzw. mit wem nicht, usf. Entsprechend sind wohl die spontanen Gedanken zwar vorhanden, aber unter Zeitdruck nicht umzusetzen. Man muss subtil und gemeinsam vorwärts gehen, empfiehlt der Gemeindepräsident und fasst - „der langen Rede kurzer Sinn“ - zusammen: Nach einem Jahr ist man (Anm. der Protokollantin: „der Gemeinderat“) nicht soweit, dass man der Spezialkommission eine konkrete Lösung unterbreiten kann. Des Weiteren wurde seitens Spezialkommission bereits erwähnt, dass das Unterfangen ziemlich heikel ist. Immerhin ist das Schloss verpachtet. Es muss dazu Sorge getragen werden, dass sich der Pächter darin sicher fühlt und dass er auch die Sicherheit hat, seine Pläne anzugehen. Es gibt eine vertragliche Kündigungsfrist von einem Jahr. Zudem hat der Pächter für das Restaurant bereits Buchungen über die nächsten drei Jahre, auch hat er Lehrverträge abgeschlossen. Der Pächter hat geäussert, dass es ihm „mulmig“ zumute ist, wenn er die laufende Diskussion mitverfolgt. Weil ja damit nicht nur über eine erweiterte oder andere Trägerschaft diskutiert wird, sondern auch über die künftige Nutzung, die ja möglicherweise auch ihn betrifft. Es ist davon auszugehen, dass ihn wohl die Frage umtreibt, ob er damit rechnen muss, dass ihm eines Tages gekündigt wird. Und auch, ob das in seinem Fall bedeutet, dass er sich bereits jetzt als Pächter Gedanken darüber machen muss, ob er im Schloss überhaupt eine Zukunft hat? Und daher, mahnt der Gemeindepräsident, muss man sich bewusst sein, dass das eine die vertraglichen Bestimmungen sind, das andere aber das effektive Arbeiten. Aus der Verpachtung des Schlosses resultieren zwar nicht so viel Einnahmen, mit denen die CHF 6 Mio. getragen werden können. Aber das Loch wird nur noch grösser, wenn der Pächter eines Tages plötzlich „davonläuft“, und keine Lösung bereitsteht. Der Gemeinderat ist sehr gerne bereit, die bisherigen Gespräche weiterzuführen und am Ball zu bleiben, um eine Lösung zu finden, betont der Gemeindepräsident. Als positiv herausstreichen möchte er die Bürgergemeinde, die in dem Ensemble mit dem Bürgerhaus ebenfalls vertreten ist. Sie hat bereits signalisiert, dass sie als Gesprächspartner sehr gerne zur Verfügung steht. Wer weiss, vielleicht gibt es eine Lösung, die gemeinsam erarbeitet werden kann. Der Gemeindepräsident appelliert, Geduld zu haben, bei diesem speziellen Geschäft. Es handelt sich schliesslich nicht um ein Geschäft, dass man mit einem Termin, so quasi „in drei Monaten“ wieder „buchen“ kann. Der Gemeindepräsident zeigt Verständnis für die Spezialkommission, die in einer unangenehmen Situation ist, weil sie einen Auftrag vom Einwohnerrat hat, es jedoch an Fakten und Grundlagen fehlt, für eine Rückmeldung. Der Gemeindepräsident äussert den Eindruck, dass es sich bei dem Vorhaben lohnt, sich Zeit zu lassen. Es sollten saubere Abklärungen für eine tolle Lösung getroffen werden, so dass der Rat einst über eine mögliche Alternative diskutieren kann. Diese könnte dann vielleicht eine Grundlage dafür sein, dass man beschliesst, das Volk dazu zu befragen. Denn das Volk muss dazu befragt werden, betont der Gemeindepräsident, dies alleine aufgrund der Kompetenzen auf Finanzseite. Der Gemeindepräsident zieht auch einen Entscheid trotz der Finanzlimite in Betracht, zu der man die Meinung der Bevölkerung haben möchte. Deshalb begrüsst er, wenn der Gemeinderat die Möglichkeit erhält, noch am Ball zu bleiben und dass man zum jetzigen Zeitpunkt, keine Volksabstimmung macht.

Thomas Hafner, CVP, meint, dass er „völlig damit leben kann“. Er fände es aber falsch, wenn in zwei, drei Jahren wieder Anträge für Geld zugunsten des Schlosses gestellt würden, zwecks Investition. Er findet, wenn man Geld ausgibt, dann soll man auch wissen, für was es ausgegeben wird, das ist allemal besser, als wenn man nicht weiss, was damit geschieht. Deshalb würde er es begrüßen, wenn man bei den nächsten Anträgen für das Schloss genau überlegt, wo Geld investiert wird.

Beatrice Büschlen, Grüne, möchte vom Gemeinderat wissen, welches Zeitfenster er sich vorgestellt hat; sind es zwei Jahre oder gar drei? Sie erinnert an den Zeitpunkt der Werterhaltungsmassnahmen, die wären eigentlich für 2016 geplant. Nach den Ausführungen des Gemeindepräsidenten könnten diese aber wohl verschoben werden, äussert sie. Jedoch erinnert sie daran, dass es sich, was das Dach anbetrifft, um „Arbeiten vermutlich grösseren Ausmasses“ handelt.

Rahel Bänziger, Grüne, findet „Geduld zu haben“ zwar grundsätzlich gut. Jedoch, gerade wenn so viele Investitionen anstehen, sollte dennoch vorwärts gemacht werden. Auch sie ist gegen eine Volksabstimmung zum gegenwärtigen Zeitpunkt. Aber wenn das Volk dereinst abstimmen soll, dann muss es Alternativen haben, das Volk sollte genau wissen, über was es abzustimmen hat. Sie möchte den Gemeinderat ermuntern, etwas „interaktiver“ an die Sache heranzugehen. Sie ist davon überzeugt, dass der Gemeinderat ein Gespür für eine Vorlage entwickeln kann, bei der er den Einwohnerrat hinter sich weiss und abschätzen kann, auf was letzten Endes hinausläuft. Der Einwohnerrat und die Gemeinderäte kennen sich schliesslich gut genug und können miteinander diskutieren. Was den Unterhalt anbetrifft, hört sie immer wieder die Zahl von CHF 6 Mio., sie weiss aber nicht, wie intensiv die Zahl in der Spezko diskutiert worden ist. Sie möchte daran erinnern, dass der Werkhof der Gemeinde Binningen eine Differenzierung bei den Angestellten hat, „die im Kanton ihresgleichen sucht“. Es gibt gemeindeeigene Mitarbeitende die Vieles können, führt sie weiter aus. So etwa Maler, Schreiner und Mitarbeitende, die auch unterschiedliche Arbeiten verrichten könnten. Die Frage ist, ob man der Bauverwaltung nicht den Auftrag geben könnte, herauszufinden, ob der Unterhalt, unter gewissen Voraussetzungen, nicht auch günstiger gemacht werden könnte. Sie ist überzeugt, dass die Situation danach wieder anders aussieht. Die Zeit drängt ja nicht und deshalb könnte man in der Zeit ja auch etwas machen, regt sie an.

Philip Spitz, SP, bezeichnet die Sache als eine „dringende“ Sache, auch wenn dabei – wie vorgeschlagen – „subtil“ vorgegangen werden soll. Wenn die Anträge der Spezialkommission gutgeheissen werden, muss bedacht werden, dass keine Frist gesetzt ist und dass der Gemeinderat sich damit ja immer weiter erklären kann, weshalb die Sache ja immer weiter andauert. „Dieses Spiel hatten wir ja schon“ bemerkt der Redner. Er schätzt es zwar sehr, dass man sich in der Sache Mühe gibt. Jedoch sollte die Botschaft – auch jene vom Gemeinderat – sein, dass es eine dringende Angelegenheit ist, immerhin geht es um CHF 6 Mio. Franken. Der Rat will in zwei Jahren nicht unvermittelt in die Situation geraten, dass plötzlich CHF 6 Mio. gelöst werden müssen. Hingegen möchte der Rat, dass der Wille kundgetan wird, dass es sich um einen Grundsatzentscheid handelt, in welche Richtung auch immer. Und vor allem soll der Gemeinderat wissen, dass das Schloss nicht am Volk „vorbeiverkauft“ werden darf, das bezeichnet der Redner als für „sehr wichtig“. Er bittet darum, für die Anträge der Spezialkommission zu stimmen.

Daniel Zimmermann, FDP, Präsident BPK, hat nach den Worten des Gemeindepräsidenten den Eindruck gewonnen, dass das gemeinsame Gedankengut gar nicht weit voneinander entfernt ist bzgl. der Frage, wie es mit dem Schloss weitergehen soll. Er spürt – obwohl er Mitglied der fraglichen Spezko war – dass das Timing eine etwas unterschiedliche Betrachtungsweise bringt. Man muss zur Kenntnis nehmen, dass der Gemeinderat geschildert hat, wie schwierig die Gespräche mit der Trägerschaft waren. Und dass dies in einem direkten Zusammenhang steht, mit der Finanzierungsfrage. Man musste zur Kenntnis nehmen, aus dem Planungsteam, dass die CHF 6,2 Mio. in die sogenannte Werterhaltung nicht abschliessend sind. Das Gebäude hat noch andere bauliche Sanierungsbedürfnisse, die auch erfolgen müssen. Das waren die Gedanken in der Kommission. Sie verlangte eine Kostentransparenz bis ins Jahr 2025

oder 2050 aufzeigen. Wohin führt das „Investitionsabenteuer“ Schloss? Nachdem der Gemeinderat jetzt so viel Wert legt auf eine weitere Gesprächsbasis, auf die Möglichkeiten ein Trägerschafts-Modell zu entwickeln bzw. eine Partnerschaft zu suchen, kann er sich durchaus bereiterklären, vom Zeitdruck abzurücken. Seiner Meinung nach müsste aber spätestens bis Ende Jahr vom Gemeinderat etwas vorliegen, in irgend einer Form, so wie es Vorredner Philipp Spitz bereits angetönt hat. Es darf sich aber sicher nicht um eine Investitionsvorlage handeln, bei der es um Sanierungen geht. Vielmehr muss der Fokus auf dem Trägerschaftsmodell sein. Der Redner nimmt mit Freude zur Kenntnis, dass der Gemeinderat bereit ist, eine Volksabstimmung durchzuführen. Dieses Thema war in der Vergangenheit unterschiedlich interpretiert worden. Der Redner glaubt, dass kein Weg daran vorbeiführt, handelt es sich doch um ein sehr emotionales Thema. Er würde sich auch bereit erklären, Hand zu bieten, falls der Termin das einzige Problem wäre.

Severin Brenneisen, SP, findet, dass der Rat die sogenannten Werterhaltungsmassnahmen vielleicht noch nicht abschliessend geprüft hat, obwohl immer wieder die Rede von den CHF 6,2 Mio. war. Er regt an, die Kosten nochmals von der BPK oder einer Spezialkommission (*letzttere schliesst er im selben Moment wieder aus, da sie ja – wie er bemerkt – bereits schon im vorliegenden Geschäft eingesetzt worden ist*) auf ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen. Er gibt zu, kein Baufachmann zu sein, „aber vielleicht fallen jemandem bei einer solchen Prüfung noch ein paar Dinge auf, die gut zu wissen sind“. Er möchte aber mit seinem Votum keine Rückweisung an die Spezialkommission machen.

Urs-Peter Moos, Gemeinderat, Parteilos, möchte die Erwartungen bzgl. der Aussagen zum Werkhof, etwas abschwächen. Seitens Werkhof wurden schon einmal hunderte von Arbeitsstunden investiert, als es damals mit den CHF 22 Mio. knapp wurde. Es blieben dafür andere Arbeiten liegen. In den letzten 10 Jahren wurden Stellen abgeschafft bzw. Stellenprozente für Vollzeitstellen reduziert. Der Werkhof, so wie er heute ist, ist mit dem Personal am Limit. Der Gemeinderat findet es nicht ganz richtig, dass man dem voll ausgelasteten Werkhof in einer solchen Situation, Arbeiten des Schlosses zuführen möchte. Maler gibt es leider schon länger nicht mehr, bemerkt er, diese wären gut, für die Entfernung von Graffiti, im Umfeld des Schlosses. Vom Werkhof können keine Hilfestellungen geleistet werden, was die CHF. 6 Mio. anbelangt.

Peter Buess, EVP, schliesst sich dem Votum von Severin Brenneisen an. Ihm liegen zu wenig Zahlen vor. Aber auch er hat von den CHF 6 Mio. gehört. Er hat gehört, dass sechsstellige Beträge für Planung ausgegeben werden, dann heisst es wieder, dass man mit CHF 6 Mio. an Kosten rechnen müssen, dann hört man wieder von CHF 6,2 Mio. und dass es noch viel mehr Geld ist oder werden könnte. Der Redner verlangt, dass kein Geld mehr für die Planung ausgegeben wird und die Bauverwaltung die Zahlen analysiert. Dann soll ein Fahrplan vorgelegt werden, der Aufschluss darüber gibt, wie das Schloss auf eine moderate und vernünftige Art und Weise renoviert werden kann.

Stefan Kaiser, FDP, ergänzt, dass die Spezko seines Wissens vom Einwohnerrat den Auftrag gefasst hat. Deshalb sieht er keinen vernünftigen Grund, das Geschäft in eine andere, neue Kommission zu geben, wie von einem Vorredner vorgeschlagen. Bevor andere Verwaltungseinheiten und -apparate mit der Sache „beübt“ werden, soll die bestehende Kommission das Geschäft weiter bearbeiten.

Daniel Zimmermann, FDP, ergänzt, dass es nicht um die CHF 6,2 Mio. geht. Es handelt sich nachweislich um fachspezifische Werterhaltungsmassnahmen. Diese können aber nicht von ausgebildeten Strassenbauern oder Wegmachern geleistet werden. Immerhin geht es bei der Werterhaltung nicht um blosse „Fassadenmalerei“ oder um „Stühle flicken“. Vielmehr geht es um substantielle Investitionen. So sind die elektrischen Installationen in einem bedenklichen Zustand. Sie müssen unwillkürlich auf den aktuellsten Stand der gesetzlichen Vorgaben gebracht werden. Nachdem es ja jetzt primär um Trägerschaftsmodelle geht, um Besitzumverhältnisse und um Lösungsvarianten, die man dem Volk aufzeigen könnte, als Vision zu dem Schloss, sollte das Geld auf der Seite bleiben bzw. der Gemeinderat sollte da-

bei unterstützt werden, dass er die Gespräche jetzt vermehrt forciert. Der Redner wiederholt, dass bis Ende nächstes Jahr ein Resultat auf dem Tisch liegen sollte, dies auch als Sicherheit für den Pächter. *Gemeindepräsident Mike Keller, FDP*, bezeichnet das Geschäft als eine „ganz schwierigen Materie“. So ist etwa der Punkt der „Trägerschaft“ ein ganz wichtiger. Man kann wohl mit Volkes Willen beschliessen, dass man für das Schloss eine alternative Trägerschaft wünscht. Aber (*meine Damen und Herren*), wenn man *den* oder *die* nicht hat, dann bleibt das Schloss im Besitz der Gemeinde. Deshalb kann der Gemeindepräsident den Anwesenden hier und jetzt kein Datum zusichern, an dem der Gemeinderat mit einer Lösung bereitsteht. Wenn sich etwas ergibt, wird nicht gezögert, dann kommt der Gemeinderat so schnell wie möglich und informiert. Läuft die Spezko weiter, wird an diese auch gerne weiterhin rapportiert. Auch ist der Gemeinderat dankbar, wenn er mit der Spezko gewisse Dinge diskutieren kann. Das hat sich am Beispiel des Fazit-Berichts gezeigt. Dieser konnte dem Einwohnerrat nicht unterbreitet werden, wegen der vielen Daten, Quellen und der vertraulichen Gesprächsinformationen. Auf die Frage, *ob jetzt nichts mehr investiert- und stattdessen nur noch nach einer Lösung gesucht wird?* möchte der Gemeindepräsident mit dem Grundsatz „das eine tun und das andere nicht lassen“ antworten. So lange die Diskussionen weiter andauern, bemüht sich der Gemeinderat den Zustand des Schlosses, mit einfachen Mitteln, so lange wie möglich, aufrecht zu erhalten, bis eine Lösung da ist und ein Entscheid gefällt wird. Ein Gespräch mit dem Architekten hat gezeigt, dass das eine oder andere gemacht werden kann. Aber man kann jetzt nicht die nächsten 10 Jahre sagen, dass man keine Alternative hat, weshalb man nicht investieren kann. Deshalb muss man dieses Szenario trotzdem anschauen, denn das ist ja auch der springende Punkt; ob man jetzt bei einer Volksabstimmung hört, dass das Schloss verbleibt oder dass man es jemand anderem geben soll. Die Alternative ist erst dann umzusetzen, wenn man konkret einen Partner oder Interessent hat.

ABSTIMMUNG Antrag: Der Gemeinderat wird beauftragt, eine Volksabstimmung durchzuführen, über folgende Grundsatzfrage: Soll das Schloss Binningen mit der Parkanlage im Eigentum der Gemeinde Binningen verbleiben?

Nein: 20 / Ja: 12 / Enthaltungen: 1

BESCHLUSS

://: Es soll keine Volksabstimmung geben über die Grundsatzfrage, ob das Schloss Binningen mit der Parkanlage im Eigentum der Gemeinde Binningen verbleiben soll. Das Geschäft geht zurück an die Spezialkommission

Einwohnerratspräsident Christoph Anliker bemerkt, dass die Anträge 2 und 3 somit hinfällig sind. Weil es keine Abstimmung gibt, kann entsprechend auch keine Vorlage dafür ausgearbeitet werden. Und die Abstimmung kann entsprechend auch nicht rasch erfolgen.

Eduard Rietmann, Parteilos, erwähnt den Vorschlag des Gemeindepräsidenten, dass die Spezialkommission weiterhin bestehen bleibt. Er selbst ist sich in der Sache nicht ganz sicher, ob der Rat das noch bestätigen muss oder ob die Arbeit der Spezko somit beendet ist?

Einwohnerratspräsidenten Christoph Anliker meint, nach seiner Auffassung würde es einer Rückweisung gleich kommen, ergo würde das Geschäft zurück in die Spezialkommission gehen. Aber er möchte darüber gerne abstimmen lassen, ob alle mit dem Vorgehen einverstanden sind.

Rahel Bänziger, Grüne, erörtert, dass es keinen Antrag der Spezko auf „Auflösung“ gibt. Da diese Frage jetzt nicht abschliessend beantwortet ist, sieht sie auch keinen Grund, die Spezko aufzulösen. Es ist durchaus möglich, dass sich weitere Finanzierungsfragen ergeben oder dass der Gemeinderat auf eine Lösung kommt, in dem Fall könnte auf die Spezko zurückgegriffen werden. Sie möchte beliebt machen,

dass die Spezko „schlafen“ lässt, bis es eine Lösung gibt. Denn das Know-How ist jetzt dort vorhanden, während sich bei einer neuen Spezko die neuen Mitglieder zuerst einarbeiten müssten.

Richtig, ergänzt *Einwohnerratspräsidenten Christoph Anliker*, die Spezialkommission ist noch nicht aufgelöst, sie müsste am Ende aufgelöst werden, mit einem Antrag. Die Spezialkommission bleibt entsprechend bestehen. Es verhält sich ja wie ein Geschäft, das aus dem Gemeinderat herauskommt; wenn ihm der Einwohnerrat nicht folgt, ist es eine Rückweisung, ergo handelt es sich hier ebenfalls um eine Rückweisung in die Spezialkommission.

Eduard Rietmann, Parteilos, ist damit nicht einverstanden. Denn das erste Wort des Berichts ist „Schlussbericht“. Und „Schlussbericht“ bedeutet für ihn das Ende (*auch der Kommission*).

Simon Abt, SP, Präsidentin der Spezko, fügt an, dass das eigentliche Geschäft beendet ist, weshalb sie sich jetzt dazu auch noch meldet (*obwohl sie ja eigentlich noch immer auf dem Podium sitzt*). Aber es geht ja jetzt um die Frage nach der Fortsetzung der Spezialkommission. Der Bericht – erklärt sie – lautet auf „Schlussbericht“, weil man hoffnungsvoll angenommen hatte, das machen zu können, was die Verwaltung gerne tut: Sich auflösen, wenn die Aufgabe erfüllt ist. Das hat in dem Fall nicht geklappt, wie sie feststellt. Ihrer Meinung nach muss nun der Rat darüber befinden, ob er die Spezko erhalten möchte. Natürlich ist der Schlussbericht und die – wie sie meint – damit einhergehende Auflösung, auch mit Blick auf das Ende der Legislatur erstellt worden. Danach wird die Spezko sowieso anders aussehen. Vor diesem Hintergrund hat die Spezko keine weitere Anträge auf Auflösung vor den Rat gestellt.

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP, erinnert, dass der Einwohnerrat die Spezko ins Leben gerufen hatte, damit diese den Informationsbericht des Gemeinderats prüft. Die Spezko hat dem Einwohnerrat den Antrag unterbreitet, dass eine Unterbrechung oder etwas zwischendrin abklärt, nämlich ob es alternative Trägerschaften oder Nutzungen gibt. Aufgrund dessen, was jetzt abgestimmt wurde und aufgrund der Stimmen, steht der Grundauftrag immer noch im Raum. Er würde es begrüßen, wenn die Unterlagen verifiziert würden und man sich den Erhaltungsmaßnahmen substantiell widmen würde. Daher ist die Legitimierung und der Auftrag als solches für die Kommission da. Parallel dazu kann das Thema ja von der Alternative her miteinander weiterverfolgt werden.

Einwohnerratspräsidenten Christoph Anliker, zitiert aus dem Einwohnerratsreglement: „...die speziellen Ratskommissionen werden mit der Erledigung der ihnen zugewiesenen Geschäfte aufgelöst“. Daraus schliesst der Ratspräsident, dass die Kommission nicht aufgelöst ist, weil das Geschäft ja entsprechend nicht erledigt ist. Ergo, besteht die Kommission noch.

ABSTIMMUNG Antrag: Möchte der Rat das Geschäft mit der bisherigen Kommission weiterbehandeln oder nicht?

BESCHLUSS

://: Grossmehrheitlich angenommen

Gabriela Vetsch, SP, empfindet den ganzen Diskussionverlauf als etwas „merkwürdig“. Es ging um einen Bericht bzw. einen Schlussbericht der Spezko. Und da hörte man eine Gemeindepräsidentin, die zuweilen den Eindruck hinterliess, dass er der Spezialkommission plötzlich etwas in den Rücken fällt, mit einer ganz anderen Meinung. Die Rednerin möchte ihm nicht unterstellen, dass das so gemeint war. Sie möchte aber darauf hinweisen, dass es für die Spezko nicht immer so angenehm gewesen war, das hören zu müssen, so zumindest der ganz persönliche Eindruck der Rednerin. Umso mehr möchte sie der Spezko nochmals ganz ausdrücklich für ihre Arbeit danken. Es hat etwas zur Klärung beigetragen, wo man zurzeit steht, was man gerne hätte und was man vom Gemeinderat künftig noch erwartet hinsichtlich Berichterstattung, Überlegungen und weiterer Arbeiten.

Peter Buess, EVP, möchte beantragen, dass der Punkt 2 der Anträge als Auftrag an die Spezko gegeben wird, dass man mit konkreten Zahlen beliefert werden, insbesondere auch mit Kostenvoranschlägen. Ihm genügt es nicht zu hören, dass die Elektrizität in einem desolaten Zustand ist. Er fordert konkrete Zahlen.

Einwohnerratspräsidenten Christoph Anliker hält fest, dass die Formulierungen in dem entsprechenden Dokument schon an die Spezko ergangen sind und dass das Traktandum somit jetzt abgeschlossen ist.

Traktandum 4

Nr. 168

Postulat SVP-Fraktion: Asylsituation in Binningen

Einwohnerratspräsident Christoph Anliker, SVP, erklärt, dass der Gemeinderat das Geschäft in eine Interpellation umgewandelt hat, was normalerweise nur der Postulant kann. Er übergibt deshalb zunächst der SVP-Fraktion dazu das Wort.

Urs Weber, SVP, erläutert, dass Jürg Blaser damit einverstanden ist, der zurzeit im Ausland weilt, er ihn in der Frage vertritt. Demnach ist Jürg Blaser befriedigt von den Antworten. Auch unterstützt er den Antrag des Gemeinderats. Es gibt noch einige Fragen. Die Medien und das Fernsehen zeigen täglich, den „Asylantenstrom“. Hat der Gemeinderat Möglichkeiten zu reagieren, falls die Gemeinde von einem solchen „Strom“ erfasst quasi auf dem „Linken Fuss“ erfasst wird? Hat der Gemeinderat Möglichkeiten, mehr Platz zu schaffen? Wenn ja, wo? Oder muss etwas Neues gebaut werden?

Stefan Kaiser, FDP, aus seiner Sicht ist es sehr grosszügig und löblich von der SVP, dass sie sich mit dem Vorgehen einverstanden erklärt. Er selbst hätte in der Frage nicht eingelenkt, weil – wie es der Präsident bereits ausgeführt hat – gewisse Formalien nicht beachtet wurden. Obwohl das Postulat mehrheitlich Fragen hat und man es auch als Interpellation hätte einreichen können, oder bei der Verwaltung nachfragen. Gemeinderat Daniel Nyffenegger hat an der letzten Einwohnerratsitzung mündlich darüber informiert, was in der Gemeinde und im Kanton dazu läuft. Aber man hätte das wenigstens so verpacken können, dass das Postulat auch als Postulat hätte beantwortet werden können und es nicht eigenmächtig zu einer Interpellation umwandeln.

Rahel Bänziger, Grüne, bittet, in diesem Fall den Gemeinderat stützen zu dürfen. Immerhin gibt es überhaupt keinen Auftrag von Prüfen und Berichten im Postulat. Schliesslich sind es wirklich nur Fragen. Daher findet sie es gut, dass der Gemeinderat das so gehandhabt hat. Sie bezeichnet den Vorstoss als eigentliche Interpellation. Es ist ein Durcheinander entstanden, weil der Titel nicht stimmt. Dennoch bezeichnet die Rednerin das Vorgehen des Gemeinderates als pragmatisch und möchte sich bei ihm für den gesunden Menschenverstand bedanken. Weil das Geschäft als Interpellation behandelt wurde, müsste es eigentlich nicht „abgeschrieben“ werden, sondern der Interpellant hat geäussert, dass er mit der Antwort zufrieden ist. Und von daher wäre es nun eigentlich auch erledigt. Man kann es pragmatisch angehen oder formalistisch – der Rat entscheidet, hält sie fest. Sie selbst würde dem Rat vorschlagen, dass er den pragmatischen Weg, also jenen, den der Gemeinderat gewählt hat, estimiert.

Gemeinderätin Barbara Jost, SP, erörtert, dass der Gemeinderat entschieden hat, die Fragen schnell und zeitnah zu beantworten. Dies im Bewusstsein, dass der Asylbereich ein dynamischer Bereich ist, es passiert viel, fast täglich oder wöchentlich ändert sich wieder etwas. Deshalb ist es auch ganz schwierig etwas dazu zu sagen, in zwei Wochen weiss man schon wieder mehr. Heute Abend kann sie schon mehr dazu sagen, als noch vor zwei Wochen möglich gewesen wäre. Niemand weiss aber, was in einem Monat ist. Deshalb hat sich der Gemeinderat entschieden, die Fragen zeitnah zu beantworten. Sie gesteht, dass sie bzgl. „Prüfen und Berichten“ in dem Geschäft nichts gefunden hat, deshalb wurde entschieden, die Fragen zu beantworten. Zu Frage 1) Wie sieht die aktuelle Situation aus in Bezug auf die zugewiese-

nen Asylgesuche in der Gemeinde Binningen? Antwort: Der Kanton hatte anfangs Oktober beschlossen, dass Personen mit einem „Nichteintretensentscheid“ - die das Land also eigentlich verlassen müssten – auch zurück in ihre Heimat geschickt werden. Diese Rückführungen werden begleitet. In Binningen waren davon 4 Personen betroffen, in einem Fall handelte es sich um ein Härtefallgesuch. Die frei werdenden Plätze, die bis jetzt im Kontingent für Asylsuchende waren, sind eigentlich für Menschen in einem laufenden Verfahren gedacht. Der Kanton hat beschlossen, dass jene Menschen, die eigentlich zurück in ihre Heimat könnten, auch dazu bewogen werden, dorthin zurückzukehren. Dies, damit die Plätze in den Gemeinden frei werden, für Menschen, die einen solchen Platz auch wirklich brauchen.

Zu Frage 2) In den Medien sieht man die langen Flüchtlingsströme, die Bilder mit den vielen Menschen auf Strassen und Wegen sind eindrücklich. Und man fragt sich, was passiert, wenn diese Menschen bei uns ankommen, müssen wir mehr Platz schaffen? Weil die Asylunterkünfte nicht in einem sehr guten Zustand sind, wird zurzeit – *die Gemeinderätin korrigiert sich* – eigentlich ist man *immer* daran - nach Wohnraum in gutem Zustand Ausschau gehalten. Zurzeit sucht man nach mehr und auch nach grösseren Liegenschaften, was eine ständige Herausforderung darstellt. Denn es handelt sich um ein Notszenario, für den Fall, dass sehr viel Menschen kommen. Auch der Kanton arbeitete zurzeit eine solche „Eventualplanung“ aus. Dann muss der Wohnraum in den Gemeinden aber auch vorhanden sein, das heisst, für die Leute, die von diesen Notstrukturen früher oder später den Gemeinden in Unterkünfte zugewiesen werden. Die Gemeinde Binningen hat den Kanton inzwischen darüber informiert, was sie an Notstrukturen bereithält, im Falle von Notaufnahmen. Es handelt sich um zwei Zivilschutzanlagen im Sinne von Sanitätsposten. Die eine befindet sich auf dem Bruderholz, die andere am Blütenweg. Sie könnten als Notunterkünfte bereitgestellt werden. Der Kanton würde die Kosten übernehmen. Die Gemeinde Binningen hat den Kanton auf die Athletikhalle hingewiesen. In den 90-er Jahre, als die Flüchtlinge aus dem ehemaligen jugoslawischen Raum kamen, wurde diese Halle als Notunterkunft eingesetzt, was sich bewährt hat. Die Halle ist nun nicht mehr im Besitz von Binningen, sondern sie gehört dem Kanton. Binningen würde dem Kanton Hand bieten, falls gewünscht. Soviel zum jetzigen Stand, schliesst die *Gemeinderätin* ihre Informationen. Selbstverständlich wird über weitere Entwicklungen im Rat und im Binninger Anzeiger informiert, auch die Bevölkerung. Der Gemeinderat möchte die hilfeschuchenden Leute zuerst in den Strukturen unterbringen, in den Binninger Asylunterkünften. Inzwischen wurde auch damit begonnen, eine Liste zu erstellen, mit Privat-Personen, die in Notsituationen Wohnraum anbieten könnten. Es haben sich schon sehr viele Personen gemeldet. In Notfällen kann auf sie zurückgegriffen werden, je nach Machbarkeit.

ABSTIMMUNG Antrag: Das Postulat wird überwiesen und als beantwortet abgeschrieben.
grossmehrheitlich ja

BESCHLUSS

://: Das Postulat wird überwiesen und als beantwortet abgeschrieben.

Traktandum 5

Nr. 153

Kreditabrechnung Garderobengebäude Spiegelfeld

EINTRETEN

Beatrice Büschlen, Grüne, legt dar, dass das Endresultat, nämlich ein funktionales, in die Umgebung passendes Garderobengebäude zu errichten, mehr als erreicht wurde. Die Fraktion nimmt zur Kenntnis, dass sehr kostenbewusst und effizient geplant und realisiert wurde. Die Grüne / EVP wird die Mehr- und Minderkosten, die nachvollziehbar sind, genehmigen. Einzig bei den Mehrkosten der Wasseranschluss-

gebühren möchte sie folgendes bemerken: Bei der Baudokumentation der alten Tribüne und der Zustandsanalyse hätte das Problem eigentlich erkannt werden müssen. Die Grüne / EVP empfiehlt dem Gemeinderat oder der Bauverwaltung – je nachdem, wer zuständig ist – bei allen neuen und sich ändernden Installationen, sowie bei allen künftigen Bauvorhaben, die Dokumentationen detailliert und nachvollziehbar zu archivieren. Gut dokumentierter Gebäudezustand hilft Geld sparen. Die Grüne / EVP-Fraktion möchte bei der Gelegenheit auch den beteiligten Sportvereinen für ihr grosses finanzielles und personelles Engagement bedanken. Es ist leider nicht mehr selbstverständlich, sich Vereine oder andere Institutionen so engagieren. Der heutige Konsumgedanke steht oft höher wie das persönliche Einbringen für die Allgemeinheit, kritisiert die Rednerin. Sie wiederholt deshalb nochmals ihren Dank und schliesst mit den Worten, dass die Fraktion alle Kreditanträge genehmigen wird.

Stefan Kaiser, FDP, informiert, dass die Fraktion es als positiv zur Kenntnis nimmt, dass die drei Projekte in Summe „in schwarz“ abgeschlossen werden konnten. Ebenso positiv würdigt er die Eigenleistung der diversen Vereine, wie sie der Sportclub Binningen, der Leichtathletik-Verein und der Schwingclub geleistet haben. Dies ist um einiges grosszügiger gewesen als es die Gemeinde Bottmingen war. Diese wurde angefragt, denn immerhin schickt sie ja auch etliche Nutzer auf die Binninger Anlagen. Der negative Punkt, nämlich der „Unfall“ bei der Planung der Wasserzufuhr und -abfuhr wurde erwähnt. Ein zusätzlich schaler Beigeschmack erfährt das Ganze, wegen der Diskussionen rund um den Behindertenlift, was zu Mehrkosten führte. Als Ganzes stimmt die FDP-Fraktion den drei Anträgen des Gemeinderats zu.

Urs Weber, SVP, erklärt, dass die Fraktion das Geschäft angenommen hat. Auch er möchte sich bei jenen Bedanken, die dafür gearbeitet haben und das Ganze ermöglicht haben. Auch die SVP-Fraktion stimmt den Anträgen zu. Es wurde wohl bemerkt, dass einige Sachen nicht ganz rund gelaufen sind, das kommt bei Neubauten aber immer wieder vor. Insgesamt ist es erfreulich, dass es sich hier um ein Projekt handelt, das nicht teurer, sondern unter dem Strich, sogar günstiger geworden ist.

Thomas Hafner, CVP, bedankt sich beim Gemeinderat und der Gemeindeverwaltung für die drei übersichtlichen Abrechnungen. Erfreut wird zur Kenntnis genommen, dass sich alle drei Abrechnungen innerhalb der Budget-Toleranz befinden. Zum Antrag 2, Baukredit bemerkt er, „dass es sich zeigt, dass offenbar auch Bauvorhaben der öffentlichen Hand, budgetgerecht und ohne massive Kostenüberschreitungen machbar sind“. Die CVP-Fraktion wird alle drei Abrechnungen genehmigen. Er dankt namens seiner Fraktion den drei Vereinen für ihre Eigenleistungen. Man ist überzeugt, dass für die Vereine ein tolles Gebäude entstanden ist und mit dem Club-Restaurant ein tolles Vereinslokal geschaffen wurde. Es wäre auch schön, wenn die drei Vereine dadurch ein bisschen zusammenrücken würden. Trotz des tollen Vereinstreffs möchte er die Binninger Vereine dazu animieren, auch in Zukunft die Binninger Gastwirte noch zu berücksichtigen.

Gabriela Vetsch, SP, informiert, dass auch ihre Fraktion alle drei Abrechnungen gerne annehmen wird. Auch sie möchte sich namens ihrer Fraktion, bei den drei Vereinen für Ihre Eigenleistung bedanken. Wie bereits gesagt, ist es heute nicht mehr so einfach und *selbstverständlich*, dass man sich so einbringt und deshalb verdient das Engagement sehr viel Respekt.

Gemeinderat Daniel Nyffenegger, FDP, bedankt sich namens des Gemeinderats für das Eintreten auf die Bauabrechnung und die sehr positiven Feedbacks. Bei der Frage bzgl. Wasseranschluss möchte er etwas dazu sagen, was er eigentlich nicht so gerne sagt. Aber die Kosten waren für den Gemeinderat nicht voraussehbar, denn die Vorabklärungen bei der Planungsphase damals vor –zig Jahren sind von der Bauverwaltung ungenügend geleistet worden. Dies muss er jetzt an der Stelle klipp und klar so sagen. Aus dem Grund ist es auch zu diesem „Überraschungsmoment“ gekommen. Bei genauer Betrachtung stellt er befriedigt fest, dass dank der guten Zusammenarbeit mit der Baukommission, dem Generalunternehmer und den Vereinen ein Zweckgebäude erstellt wurde, das keinen Luxus darstellt. Er möchte als „Nebengeräusch“ darauf hinweisen, dass in Pratteln zurzeit für CHF 6,1 Mio. ein einstöckiges Gebäude entsteht, abgesegnet vom Einwohnerrat. Bei dem vorliegenden Geschäft hat man sich jederzeit da-

rum bemüht, dort Einsparungen zu machen, wo es möglich war. Dies in gegenseitigem Einvernehmen mit den Nutzervereinen. Nicht in der Planung vorgesehen waren ursprünglich der Behindertenlift und die Bodenversiegelung. Auch die Altlastensanierung wurde mit hineingepackt, sie hätte ja nicht unbedingt über dieses Bauprojekt abgerechnet werden müssen, merkt der zuständige Gemeinderat an. Er bedankt sich anschliessend im Namen der drei Nutzervereine gegenüber dem Einwohnerrat. Die Nutzervereine bedanken sich für das Gebäude, den Kredit und dass der Bau bewilligt wurde. Sie sind glücklich über den Bau. Der Gemeinderat merkt an, dass die Eigenleistung der Sportvereine nicht selbstverständlich war und dass auch erst wieder erwirtschaftet werden muss, was diese investiert haben.

ABSTIMMUNG

Einstimmig angenommen

BESCHLUSS

- ://: 5.1. Die Abrechnung des Projektierungs- und Wettbewerbskredits Garderobengebäude Spiegelfeld mit Gesamtkosten von CHF 253 029.90 und Minderkosten von CHF 46 970.10 (-15.7%) gegenüber dem bewilligten Kredit wird genehmigt.
- ://: 5.2. Die Abrechnung des Baukredits Garderobengebäude Spiegelfeld mit Gesamtkosten von CHF 4 036 118.00 und Mehrkosten von CHF 96 118.00 (+2.4%) gegenüber dem bewilligten Kredit wird genehmigt.
- ://: 5.3. Die Abrechnung der Zusatzarbeiten des Garderobengebäudes Spiegelfeld mit Gesamtkosten von CHF 319 242.75 und Minderkosten von CHF 80 757.25 (-20.2%) gegenüber dem bewilligten Kredit wird genehmigt.
-

Traktandum 6

Nr. 172

Interpellation R. Bänziger, Grüne / EVP: Verschollene Baulinien

Gemeinderätin Mirjam Schmidli, Grüne, zur Frage 1 der Interpellantin: Warum wusste niemand von der Gemeinde und vom Kanton von dieser Baulinie. Antwort: Wer im Kanton etwas gewusst hat oder nicht, kann die Gemeinderätin nicht sagen. Aber in der Abteilung Hochbau- und Ortsplanung auf der Gemeinde wurden keine Vorabklärungen vor der Baueingabe getätigt.

Zu Frage 2: Weshalb war diese Baulinie auf keinem der Pläne ersichtlich, die während der Ortsplanungsrevision die Grundlagen zur Beratung lieferten? Antwort: Ziel des Prozesses Ortsplanungsrevision war eine neue Nutzungsplanung mit Zonenplan und dazugehörigem Reglement, sowie der Erlass des behördenverbindlichen Strassennetzplanes. Grundsätzlich sind Baulinien und die Zonenplanung eigenständige Planungsinstrumente mit unterschiedlichen Zielen. Baulinien dienen der Sicherung des Raumes z.B. für die Erschliessungsplanung, während die Zonenplanung Art und Mass der Nutzung definieren. Baulinien (grundeigentümerverbindlich) werden in der Regel strassenweise erlassen. Am 15. August 2006 beschloss der Gemeinderat das Dokument „Strategie der räumlichen Entwicklung“ und übersandte es dem Einwohnerrat zur Kenntnisnahme. Diese Grundlage diente in der Ortsplanungsrevision als Zielsetzung und findet sich auch im Planungsbericht der Ortsplanungsrevision vom 20. Juni 2012 wieder. Auf „Abbildung 1: Strategie der räumlichen Entwicklung, Siedlungsstruktur“ unter Punkt „8.2 Die wesentlichen Inhalte“, Seite 17 ist entlang der Wege „Im Tschuppbaumacker“ und „Leimgrubenweg“ orange eine strategische Siedlungsbegrenzungslinie dargestellt. Diese ist, abgesehen von der offenen Ecke bei der Gärtnerei, mit der Absicht der Schutzzonenbaulinie deckungsgleich. Im Sinn einer ganzheitlichen Beurteilung der Planung wurde der Strassennetzplan in der BPK Sitzung vom 28.05.2009 thematisiert. Der Strassennetzplan ist unter Punkt 5 auch Teil des Berichts „Zonenplan Siedlung und Landschaft mit Zonenreglement und Strassennetzplan“ vom 3.3.2010 der Bau- und Planungskommission (BPK).

Zu Frage 3: Hätte diese Baulinie nicht während der ORP thematisiert werden sollen? Hier verweist die Gemeinderätin auf ihre Antwort unter Frage 2.

Zu Frage 4: Weshalb taucht diese Baulinie erst wieder auf, als das Pferdesportzentrum ein Baugesuch für einen „Roundpen“ eingereicht hat? Antwort: Der Bau- und Strassenlinienplan ist in der aktuellen Fassung auf den Bauabteilungen einsehbar und kann auf der Homepage <http://www.binningen.ch/> unter Bau, Energie, Ver-/Entsorgung > Bauen > Ortspläne heruntergeladen werden. Im öffentlich zugänglichen Geoinformationssystem (kurz GIS) der Gemeinde sind die Linien unter dem Thema Bau- und Strassenlinien abgebildet. <http://www.gisgemeinde.ch/>. Im GeoView BL sind die entsprechenden Linien unter dem Thema Abstandslinien > Baulinien aktivierbar: <http://geoview.bl.ch/>

Zu Frage 5: Wie lange hat eine solche Baulinie ihre Gültigkeit? Antwort: Baulinien haben kein „Verfallsdatum“. Die Schutzzonenbaulinie entlang der Wege „Im Tschuppbaumacker“ und „Leimgrubenweg“ dient unter anderem dazu die Charakteristik des Siedlungsrandes resp. der freien Landschaft zu schützen. Eine Hinfälligkeit dieser Intension ist aktuell nicht absehbar.

Zu Frage 6: Welche rechtliche Möglichkeiten sieht der Gemeinderat, diese Baulinien aufzuheben, um eine angemessene Entwicklung des Pferdesportzentrums zu ermöglichen? Antwort: Die Anpassung von raumplanerischen Instrumenten aufgrund von Partikularinteressen ist nicht Sinn der Ortsplanung. Eine Anpassung von Baulinien bedingt eine Interessensabwägung und Begründung gemäss Art. 3 der RPV. Das Verfahren, eine Baulinie anzupassen, ist im RBG geregelt. Unter der Voraussetzung, dass keine Einsprachen eingehen, würde es ca. ein Jahr dauern. Im vorliegenden Fall geht es um die Abgrenzung zwischen Siedlungsgebiet und Landschaftsgebiet. Dieses Thema wird stark von der kantonalen Richtplanung geprägt. Es ist eher unwahrscheinlich, dass der Kanton diesbezüglich Konzessionen macht.

Rahel Bänziger, Grüne, bekundet, dass es etwas schwierig ist, mit dieser Antwort zufrieden zu sein, immerhin hat sie vom Kanton eine etwas andere Auskunft erhalten. Aber sie wird der Sache nachgehen und allenfalls nochmals damit kommen. Sie fasst nochmals zusammen, dass sie „nicht ganz befriedigt“ ist, weil sie ganz andere Informationen hat, auch bedankt sie sich für die Antwort.

://: Die Interpellantin ist von der Antwort des Gemeinderats teilweise befriedigt

Traktandum 7

Nr. 178

Dringliche Interpellation GRPK: Fahrverbot an der oberen Benkenstrasse

Gemeinderat Urs-Peter Moos, Parteilos, merkt an, dass das Thema nunmehr schon seit 20 Jahren ein Thema ist. Den Knoten zu lösen benötigt Zeit. Weiter führt er aus, dass die rechtliche Situation unverändert ist, aber unterschiedlich interpretiert wird. Es gibt ein rechtsgültiges Fahrverbot in Richtung Bottmingen und Oberwil mit einem Zubringer für das Hypozentrum und für den Bauernhof. Von Oberwil her gibt es ein Fahrverbot in Richtung Binningen, Bottmingen, so wie es sein sollte. Ein Fahrverbot ist immer beidseitig. Damals, als Binningen die Fahrverbotsschilder angebracht hat, dienten sie auch als Grundlage. Die Meinung war, dass es keine neue polizeiliche Anordnung braucht, sondern dass die bestehenden Dokumente ausreichen. Dagegen wehrte sich Bottmingen. Binningen hat letztlich entschieden, das nicht weiterzuziehen, aufgrund diverser Aspekte, auf die er später zurückkommen möchte. Während für Oberwil unbestritten ist, dass über diese Achse Hohe Strasse / Benkenstrasse kein Umgehungs- bzw. Durchgangsverkehr stattfinden soll, hat es die Gemeinde Bottmingen immer darauf angelegt, dass dort oben der ehemalige Acker überbaut – konsequent überbaut wurde. Damit wurde ein grosser Teil der Verkehrsführung bzw. der Verkehrserschliessung über Binningen geleitet. Es ist offensichtlich, dass Bottmingen nicht gewillt ist, an der Situation etwas zu ändern. Deshalb hat Bottmingen die Einsprache gemacht. Von der Rechtsprechung her ist gegen einen kleinen Quartierverkehr wenig einzuwenden. Bevor Binningen aber an dem Punkt weiter machen kann muss hieb- und stichfest belegt

sein, was dort oben für ein Verkehrsfluss herrscht. Neben der Benkenstrasse in Binningen herrschen auch andere Themen vor, schliesslich ist Binningen sehr exponiert, was den Verkehr anbelangt. Der Gemeinderat erwähnt den Gundelitunnel oder Elba. In Zukunft wird Binningen auch weiter exponiert sein. Deshalb hat der Gemeinderat beschlossen, dass auf Ende des Jahres 2015, insgesamt 10 Messschlaufen in den Strassen bzw. Quartierstrassen verlegt werden, u. a. auch in der Benkenstrasse. Damit soll der Schleichverkehr erfasst werden. Im Hinblick auf die Zukunft möchte Binningen somit gerüstet sein und über Zahlenmaterial verfügen. Dies ist hilfreich, wenn grössere Bauwerke auf Binningen zukommen und die Gemeinde sich mit Behauptungen konfrontiert sehen muss. Damit zurück zur Benkenstrasse. Mit der Schlaufe wird der Verkehr sehr genau erfasst werden können. Es wird aber bewusst nicht sichtbar sein, wann die Zählungen stattfinden und wann nicht. Damit kann auch keine Beeinflussung stattfinden seitens der Befürworter bzw. seitens der Gegner des Fahrverbots, indem sie etwa während der Messungen absichtlich vermehrt durch das Fahrverbot fahren bzw. eben absichtlich nicht. Es wird dort oben in Kürze eine saubere Ausgangslage geben, um den Verkehr zu erfassen und entsprechend weitermachen zu können. Der weitere Weg wird sein – vorbehaltlich der Beratungen im Gemeinderat – dass dort oben eine entsprechende verkehrspolizeiliche Anordnung gemacht wird. Es ist selbstverständlich davon auszugehen, dass diese wiederum von Bottmingen angefochten wird, so der Gemeinderat. Aber zu dem Zeitpunkt wird Binningen in der Lage sein, den Verkehr dort oben genau zu quantifizieren. Was die Fragen 2 und 4 anbetrifft, so erklärt der Gemeinderat, dass er einen Teil davon zusammengefasst hat. Folgendes ist zu den weiteren Massnahmen zu sagen bzw. zu dem, was sonst noch passiert ist: In der Benkenstrasse wurde auf der ganzen Länge ein Rechtsvortritt eingeführt. Dieser wird auf dem Binniger Teil wieder rückgängig gemacht. Es werden Stoppsäcke eingeführt. Beim Teil der an Bottmingen grenzt soll mit Bottmingen eine entsprechende Lösung gefunden werden. Eine Lösung für die Situation, dass, wenn man aus dem Fuchshagweg und aus dem Nussbaumweg herauskommt, nicht mehr Rechtsvortritt hat, zumal was den Verkehr anbetrifft, der von Oberwil herkommt, und der eigentlich gar nicht vorhanden sein sollte. Selbstverständlich hat der Bus das Recht. Und der ÖV ist auch immer wieder damit konfrontiert, dass er dem Verkehr von rechts muss Rechtsvortritt gewähren. Das ist so aufgegleist, dass man das abstellen kann. Bei der Benkenstrasse muss ein Teil saniert werden. Es geht darum, dass man allenfalls Tempo 40 durchgehend prüft, um die Attraktivität nach Oberwil resp. Bottmingen zu begrenzen. Zum Termin möchte der Gemeinderat folgendes erläutern; Das Thema dräut nun schon 20 Jahre vor hin, die nachbarschaftliche Unterstützung lässt zu wünschen übrig, auch belegt die Gemeinde Bottmingen praktisch jede Nebenstrasse mit einem Fahrverbot oder schützt sie mit einem Zubringerdienst. Daher ist es nicht einfach, so der Gemeinderat weiter, einen Termin bekannt zu geben. Aber die Punkte benötigen Zeit und werden abgearbeitet. Der Gemeinderat bittet die Interpellantin GRPK deshalb um etwas Geduld.

Eduard Rietmann, Parteilos, bedankt sich für die Antwort und ergänzt, dass vieles gesagt wurde, nach dem gar nicht gefragt wurde, ebenso blieb auch vieles unbeantwortet, nach dem gefragt wurde. Er möchte klarstellen, dass Binningen und Oberwil einst beschlossen haben, dass die Hohe Strasse keine Durchgangs- und keine Zubringerstrasse ist. Dies wurde anlässlich der Erschliessung des Ziegeleiareals in Oberwil vereinbart. Wie weit die Gespräche mit Bottmingen gegangen sind, weiss er nicht. Damals war es noch ein Fussballplatz, das Kaffee Fünfschilling, ein Bauernhof, das Hypozentrum existierte damals noch gar nicht. Es ist klar, dass damals ein Fahrverbot noch etwas galt. Der Zubringerdienst zum Kaffee wurde respektiert und wenn jemand durch die Hohe Strasse nach Oberwil musste, wurde er ziemlich hart gebüsst, damals. Dann hat Bottmingen das Nussbaumquartier erschlossen. Binningen und Oberwil haben anschliessend bei Bottmingen protestiert mit dem Vermerk, dass es kein Durchgangsverkehr über Binningen zu geben hat, sondern dass Bottmingen sein Quartier selbst erschliessen soll. Dann haben die „Bottminger Schlaubärger“ Blumenkübel hingestellt. Diese wurden von Anwohnern weggestellt, das Spiel dauerte eine Weile an. Eines Tages hat Bottmingen das aufgegeben, die Blumenkübel blieben weg. Dann hat man den Durchgangsverkehr dort einfach durchfliessen lassen. Zugegebenermassen kann man sagen, dass es in Binningen Strassen gibt mit einem höheren Verkehrsaufkommen, als jenem in der Benkenstrasse. Der Redner kann sich auch nicht erklären, weshalb die dort oben so ein „Drama“ machen wegen „der paar Autos“. Man muss aber auch klar sagen, dass Bottmingen die Zufahrt

zum Nussbaumweg von der Bottminger Seite wieder einmal verkompliziert, so dass man Schlaufen fahren muss, um dort durchzukommen. Die ursprüngliche Abmachung war, dass es keine Erschliessung gibt, über Binningen und die sollte auch so eingehalten werden. Soweit zur Vorgeschichte und jetzt zur aktuellen Situation: Was nicht richtig ist, was Urs-Peter Moos gesagt hat, dass das Thema nicht seit 20 Jahr „verschleift“ wird, sondern das Thema wird genau seit dem 21.5.2013 „verschleift“. Dort ist ein Regierungsratsentscheid auf Binningen zurückgekommen und der Regierungsrat hat den Weg geplant. Das heisst also, wir sind jetzt zweieinhalb Jahre über dem Termin. Leider hat er (*Eduard Rietmann*) nicht erfahren, was inzwischen passierte. Deshalb fordert er den Gemeinderat zu einem verbindlichen Termin auf, bzw. er (*Eduard Rietmann*) nennt gerade selbst einen, es ist der 31. März 2016. Bis dann hat der Termin zu stehen und der Gemeinderat hat eine Lösung zu finden. Und wenn der zuständige Gemeinderat nicht in der Lage ist, muss man sich überlegen, ob das Departement oder die Aufgabe nicht jemand anderem im Gemeinderat übertragen werden soll, der Zeit dafür hat. Der Redner ist der Ansicht, dass es an der Zeit ist, um mit der Gemeinde Bottmingen vernünftige Gespräche zu führen, um eine Lösung zu finden. Er bezeichnet es nicht als seine Idee und als sein Ding sondern es ist das Anrecht der Anwohner dort oben auf eine Antwort. Er findet es nicht ganz korrekt, dass die Anwohner dort oben zweieinhalb Jahre nach X Schreiben den Gemeinderat darauf aufmerksam machen müssen. Und die Anwohner sind mit einem Brief vom September, (*er weiss das Datum nicht mehr genau*), erneut getröstet worden, auf den „Sanktimmerleinstag“. Der Redner bittet den Gemeinderat, das Dossier in die Finger zu nehmen und zu bearbeiten. Auf Nachfragen des Ratspräsidenten sagt Eduard Rietmann, dass man aufgrund seines Votums erahnen kann, ob er mit der Antwort des Gemeinderats zufrieden ist oder nicht. Schliesslich zeigt er sich als „ein klein wenig“ befriedigt von der Antwort. Er wünscht den Antrag auf Diskussion zu stellen, was ein Mehrheitsbeschluss des Einwohnerrats voraussetzt. Der Interpellant kann den Antrag auf Wunsch stellen, was er hiermit tut.

ABSTIMMUNG Antrag: Antrag auf Diskussion der Dringlichen Interpellation

://: Mehrheitlich ja

Rahel Bänziger, Grüne, zeigt auf, dass es sich um ein Fahrverbot handelt, dass bereits besteht, dass bewilligt wurde und dass es eigentlich nur noch durchzusetzen gilt. Sie wundert sich, weshalb der zuständige Gemeinderat versucht sich herauszureden und von einer Verkehrserfassung spricht, um die Lage abzuklären, zu schauen usw. Der Rednerin ist nicht bekannt, dass bei anderen Fahrverbotstafeln oder bei bewilligten Fahrverboten, geschweige denn nach drei Jahren, eine Verkehrserfassung gemacht wurde, um die Durchsetzbarkeit abzuklären. Ihrer Meinung nach handelt es sich hier um einen klaren Auftrag. Sie ist der Ansicht, dass darüber nun zwar schon viel gesprochen wurde, und dass dennoch einige Fragen auf der Strecke geblieben sind. Sie zeigt sich nun gespannt, ob die Fragen doch noch beantwortet werden.

Gaida Löhr, SP, möchte vom Gemeinderat wissen, wie lange die Verkehrszählung gehen soll und wann die Lösung – die ja nach seiner (*gemeint ist Gemeinderat Urs-Peter Moos, Anm. der Protokollantin*) Auskunft von Bottmingen bekämpft wird - mindestens vorliegt. Sie wünscht einen konkreten Termin. Auch möchte sie wissen, was die 10 Schlaufen eigentlich kosten?

Christoph Maier, FDP, fordert eine klare und eindeutige Auskunft darüber, wann das letzte Gespräch mit dem Gemeinderat in Bottmingen stattgefunden hat, seit dem Regierungsratsentscheid. Er bekundet Mühe mit der Einstellung, dass Bottmingen von vornherein so eingeschätzt wird, dass es den Gerichtsweg beschreiten wird. Dies umso mehr, wenn nicht erklärt wird, wann das letzte Mal das konkrete Thema mit dem Bottminger Gemeinderat gesprochen wurde. Der Redner wäre sehr dankbar, wenn der Rat und auch die Öffentlichkeit erfahren könnten, wann genau zum letzten Mal eine einvernehmliche Lösung mit der Gemeinde Bottmingen gesucht wurde.

Gemeinderat Urs-Peter Moos, Parteilos, zeigt sich dankbar, dass er zu einigen Punkten Stellung nehmen darf, was ja normalerweise bei einem Geschäft nicht der Fall wäre. Zu den Betonblöcken, die Eduard Rietmann erwähnt hat, die von Bottmingen hingestellt wurden und die von Anwohnern von Bottmingen und nicht von Binningen entfernt wurden. Damit kommt klar zum Ausdruck, so der Gemeinderat, dass es sich bei dem, „was dort oben vor sich geht“ um eine hoheitliche Frage handelt. Weder der Fuchshagweg noch der Nussbaumweg sind hoheitlich Binniger Boden, sondern Bottminger Boden. Somit wäre eine Frage schon zum Teil beantwortet, aus der FDP Fraktion: Wenn nämlich Bottmingen die Frage oder Situation dort oben möchte bereinigen, dann könnte sie dies im Prinzip ab morgen machen. Nur dürfte es beim Fuchshagweg alleine aufgrund der Verkehrsführung schwierig werden. Beim Nussbaumweg wäre es machbar. Zur Verkehrszählung. Das ist vielleicht der Unterscheid, dass sich der zuständige Gemeinderat mit der Frage juristisch auseinandergesetzt hat im Gegensatz zur Sprecherin der Grünen / EVP-Fraktion. Es ist nämlich so, dass man nicht einfach willkürlich ein Fahrverbot beantragen oder verfügen kann. Schliesslich muss ein solches rechtlich standhalten, insbesondere wenn jemand sagt, dass es nicht legitim oder nicht gestattet ist. Deshalb braucht es Aussagen dazu, wieviel Verkehr konkret dort durchfließt. *Gemeinderat Urs-Peter Moos* möchte daran erinnern, dass der Binniger Gemeinderat bis zu dieser Legislaturperiode eine sehr offene Haltung gegenüber Bottmingen vertreten hat, um nicht zu sagen eine gegenteilige Haltung. Das vereinfacht die Situation nicht. Wenn man die Beschwerde von Bottmingen liest und die Antwort von Binningen auf die damalige Platzierung der zwei Fahrverbote, sieht man dass der Fall rechtlich komplex ist. Dabei hatte Binningen den Standpunkt vertreten – wie übrigens auch andere Behörden – dass keine weitere Verfügung notwendig ist. Es wäre deshalb ungeschickt, vorwärts zu machen ohne entsprechend vorbereitet zu sein bzw. ohne entsprechendes Zahlenmaterial. Das diesbezügliche konkrete Vorgehen wurde ja bereits erklärt. Auf die Frage nach einem Termin kann er keine Antwort liefern. Sobald die Verfügung gemacht wird, kann das auf dem Rechtsweg kommen, was von Binninger Seite aus nicht beeinflusst werden kann.

Ratspräsident Christoph Anliker erinnert den zuständigen Gemeinderat daran, dass die Frage von *Gaida Löhr, SP*, noch immer unbeantwortet ist. Auch die Frage von *Christoph Maier, FDP*, wann letztmals versucht wurde, einen Kontakt zur Gemeinde Bottmingen herzustellen, wurde noch nicht beantwortet.

Rahel Bänziger, Grüne, stellt klar, dass es so gut wie keiner juristischen Kenntnisse bedarf – deshalb hatte sie es ja auch überhaupt „gewagt“, die Frage zu stellen – um festzustellen, dass, wenn der Regierungsrat ein Fahrverbot bewilligt hat, dies auch durchgesetzt werden kann, ohne zusätzliche Abklärungen. Sie ergänzt, „die Beschwerde betraf übrigens nur ein Fahrverbot“, jenes, das nicht ausgeschrieben war, also von Bottminger Seite her. Sie ergänzt, dass die juristische Sicht so klar ist, „dass sogar sie sie verstanden hat“. Sie wünscht sich, dass es „da vorne“ auch endlich einmal ankommt.

Gaida Löhr, SP, merkt an, dass sich ihre Frage nicht darauf bezogen hat, wann mit einer Lösung am Schluss gerechnet werden kann, sondern darauf, wann die Verfügung dereinst kommt, die dann evt. angefochten wird. Diese Frage müsste ihrer Ansicht nach zu beantworten sein. Sie stellt ausserdem fest, dass es scheinbar zweierlei juristische Meinungen gibt und möchte – als weitere Frage - wissen, wie viele Autos eigentlich durchfahren müssen, damit ein Fahrverbot installiert werden kann?

Stefan Kaiser, FDP, schliesst sich der Frage von *Gaida Löhr* an.

Markus Ziegler, FDP, bekundet, dass die Nachfrage schon mehr oder weniger gestellt wurde. Ihm ist es ein Anliegen, dass mit den Nachbarn – in dem Fall Bottmingen - gut zusammengearbeitet wird. Er bescheinigt seinem Parteikollegen *Christoph Maier* eine präzise und klare Frage gestellt zu haben. Er selbst hat in den letzten Monaten und Jahren noch selten jemanden erlebt, „der so überhaupt nicht auf eine Frage geantwortet hat“. Ihn erfüllt es mit Sorge, wenn sich ein Gemeinderat so winden muss, alleine wenn es um ein Gespräch mit den Nachbarn geht. Es geht ja nicht einmal darum, einverstanden zu sein. Es geht um Gespräche mit Nachbarn. Deshalb stellt auch er nochmals die Frage, wann – d. h. Zeit – am

21.5.2013 – sich der Gemeinderat in der Angelegenheit mit dem Gemeinderat Bottmingen zusammengesetzt und nach Lösungen gesucht hat?

Gemeinderat Urs-Peter Moos, Parteilos, antwortet zum Verbot, dass die Auffassung herrscht, dass die bestehenden Verfügungen ausreichend sind, weil ein Fahrverbot von Oberwil in Richtung Binningen besteht. Das wurde soweit bestritten, der Regierungsrat hat das Fahrverbot nicht bewilligt, dass aufgestellt wurde. Das heisst, es gibt gar nichts zum Kontrollieren. Und, ja, das andere ist schon über 20 Jahre bewilligt, kommentiert er einen *Zwischenruf* aus dem Rat. Danach muss es aber als Gemeindepolizei auch noch durchgesetzt werden. Für die Gemeindepolizei ist es nicht so einfach, dieses Verbot durchzusetzen. Und zwar deshalb nicht, weil das Delikt nämlich schon vollzogen ist, nachdem man von Binningen her in Richtung Oberwil auf der Strasse und dann in den Nussbaumweg links abgebogen ist. Dann steht das Fahrzeug bereits im Nussbaumweg und damit – wenn die Übertretung bereits vollzogen ist – auf Bottminger Boden. Die Gemeindepolizei ahndet die Übertretungen unter diesen Voraussetzungen nicht. Das ist die Situation (*auf dem Tonprotokoll dazu: undefinierbare Zwischenrufe aus dem Rat*). Der Gemeinderat ergänzt, nein, das ist kein Witz, schlussendlich muss die Gemeindepolizei geradestehen, wenn es einen Gerichtsfall gibt und die Situation gegenüber der Staatsanwaltschaft vertreten. Das ist die Haltung der Gemeindepolizei, dass sie diese Übertretung nicht ahndet. Es gibt WoV, es gibt keine Weisungsbefugnis vom Gemeinderat in diese Richtung, stellt der zuständige Gemeinderat klar. Somit ist die Situation von Binningen in Richtung Bottmingen, Oberwil erschwert. Die Gemeindepolizei ahndet die Übertretungen von Oberwil in Richtung Binningen, gemäss Dispositiv. Vom Zeitplan her geht man davon aus, dass es Mitte 2016 wird. Dann werden die Erhebungen gemacht sein, bezüglich Verkehr. Zu den Zahlen möchte der zuständige Gemeinderat darauf hinweisen, dass es sich beim vorliegenden Geschäft um eine Dringliche Interpellation handelt, es gibt für solche Fragen normalerweise eine Vorbereitungszeit (*die er beim vorliegenden Geschäft nicht hatte*). Zum Verkehrsaufkommen, ob Ja oder nein, kann er am heutigen Abend keine Auskunft geben. Was die Gespräche mit Bottmingen anbelangt, so dürften diese ca. ein Jahr oder auch anderthalb Jahre zurückliegen.

Einwohnerratspräsident Christoph Anliker bittet *Gemeinderat Urs-Peter Moos* darum, die nicht beantworteten Fragen doch noch schriftlich zu beantworten. Dieser fragt zurück, um welche es sich dabei denn handelt. Der Ratspräsident nennt das Zahlenmaterial als Beispiel, also was die Schlaufen kosten.

Gemeinderat Urs-Peter Moos beziffert in der Antwort auf *Gaida Löhr's* Frage die Schlaufen inklusive Messgeräte für alle Standorte auf ca. CHF 45 000.

Einwohnerratspräsident Christoph Anliker wiederholt an die Adresse von *Gemeinderat Urs-Peter Moos*, dass er das sonst auch noch schriftlich nachliefern kann, da er ja auf die Fragen nicht vorbereitet war.

Eduard Rietmann, Parteilos, möchte seine Aussage korrigieren. Er ist überhaupt nicht zufrieden, mit der Aussage des Gemeinderats. Er fühlt sich missverstanden. Er möchte ganz klar protokollieren lassen: Bis zum 31.3.2016 haben der Einwohnerrat und die Anwohner ein Anrecht auf eine Antwort, die substantiell ist. Wenn für die Besprechungen mit dem Gemeinderat Bottmingens kein Termin zustande kommt, soll man es der GRPK rechtzeitig melden, denn diese – so der Sprecher weiter – erhält bestimmt einen Termin – „oder man soll den für das Dossier zuständigen Gemeinderat auswechseln“, schliesst der Redner.

Gemeinderat Urs-Peter Moos, antwortet, dass es ihn immer freut (*ironisch*), wenn billig Wahlkampf betrieben wird. Wenn man bedenkt, wieviel Zeit die Gemeinde Binningen hier investiert hat und berücksichtigt, was 20 Jahre lang gelaufen ist, dann – hält er fest – befindet man sich auf einem guten Weg.

Christoph Maier, FDP, möchte seine Frage nochmals präzisiert haben. Immerhin hat er jetzt eben vernommen, dass vor ungefähr einem Jahr vielleicht auch vor anderthalb Jahren, Gespräche stattgefunden haben. Das hat er eben erst vernommen. Gespräche mit der Gemeinde Bottmingen über eine einver-

nehmliche Lösung zu dem Thema, hakt er nach? Er möchte sich vergewissern, ob er das richtig verstanden hat oder ob das andere Gespräche waren? Er möchte wissen, ob er, wenn er sich in Bottmingen an den Gemeinderat wendet, dort jemanden findet, der bejaht, dass die Gespräche stattgefunden haben. Entsprechend möchte er erfahren, was das Resultat dieser Gespräche war.

Gemeinderat Urs-Peter Moos weist darauf hin, dass sich der Binninger und der Bottminger Gemeinderat regelmässig treffen. Auch die Benkenstrasse war ein Traktandum. Das Traktandum wurde im Anschluss an die Sitzung vom zuständigen *Gemeinderat von Bottmingen, Werner Ettl*, sowie von ihm selbst als *zuständigem Binninger Gemeinderat*, besprochen. Ob es dazu eine einvernehmliche Lösung gibt, war zu dem Zeitpunkt offen, antwortet *Urs-Peter Moos*. Auch gibt es nichts, von dem man unterdessen sagen könnte, dass es eine einvernehmliche Lösung gibt.

://: Die Interpellantin GRPK ist von der Antwort des Gemeinderats wenig befriedigt

Traktandum 8, Diversa

Es gibt keine weiteren Mitteilungen.

Die Sitzung wird geschlossen.

Ende der Sitzung: 22 Uhr

Die nächste Sitzung findet statt am Montag, 7. Dezember 2015, 19.00 Uhr.
Im Anschluss wird ein Apéro offeriert.